

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkseigenes Leipzig  
**Telephon 13693.** — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 10/21 — **Telephon 4598**

**Interatenpreise:** Die 7 gelbte Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Plabvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gelbte Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721** Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Vor der Eröffnung des Parteitag.

Halle a. S., 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.). Der außerordentliche Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie, der heute vormittag im Volkspark seinen Anfang nimmt, ist von etwa 400 Delegierten besucht. Dazu kommen etwa 60 Reichstagsabgeordnete und die Mitglieder der obersten Parteinstanzen. Außerordentlich stark sind die Vertreter der Presse des In- und Auslandes vertreten. Gestern Abend veranstalteten die Parteigenossen von Halle einen sehr zahlreich besuchten Begrüßungsabend. Am nachmittag hielten das Zentralkomitee, der Beirat und die Kontrollkommission die letzte gemeinsame Sitzung vor dem Parteitag ab. Nach den bis zu dieser Zeit gemachten Feststellungen waren 220 Delegierte für und 158 gegen die Bedingungen zu erwarten. Es liegt eine Anzahl von Beschwerden aus den Bezirken vor. Es wird darin besonders dagegen protestiert, daß die Delegierten nicht durch Wahl oder ohne Anwendung des Verhältniswahlsystems gewählt worden sind. Auch gegen den bekannten Gewaltstreik in Württemberg, durch den dort die Spaltung der Partei herbeigeführt wurde liegt ein Protest vor.

Entgegen den bisherigen Abmachungen der drei obersten Körperschaften, wonach die Frage der Internationale zuerst behandelt werden sollte, verlangten in dieser Sitzung die Referenten der Moskauer Bedingungen, daß das Aktionskomitee als ersten Punkt der Tagesordnung einen Bericht über seine Geschäftsführung geben solle. Es wurde beschlossen, dem Parteitag die Entscheidung darüber zu überlassen.

## Ausweisung der russischen Gewerkschaftsdelegierten.

Berlin, 12. Oktober. (U.). Die Delegierten der russischen Gewerkschaften müssen, wie die Freiheit erklärt, ihren Aufenthalt in Deutschland abbrechen, weil die Delegation aus dem Auswärtigen Amt die Mitteilung erhielt, daß sie sich nur noch bis zum 14. Oktober in Deutschland aufhalten darf und dann auch nur unter der Bedingung, daß ihre Mitglieder nicht mehr in Arbeiter-versammlungen auftreten.

Es handelt sich darum, daß die den russischen Delegierten bewilligte Aufenthaltserlaubnis von vier Wochen abgelassen ist. Trotzdem muß gegen die von der deutschen Regierung getroffenen Maßnahmen — sie droht auch mit dem zwangsweisen Abtransport — Protest erhoben werden. Die Zentrale der K. P. D. ruft zu einer Protestaktion gegen die Regierungsmassnahmen auf.

## Dr. Sirschfeld ein Opfer des antisemitischen Mobs.

Wie aus München gemeldet wird, ist der bekannte Berliner Arzt Dr. Magnus Sirschfeld, der vor einigen Tagen nach einem Vortrage über die Steinachsche Vererbungstheorie von deutsch-national-antisemitischen Rowdys überfallen und schwer mißhandelt worden war, im Münchener Krankenhaus den ersten Verlegungen erlegen.

## Die Einnahme Wilnas — ein Streich polnischer Nationalisten?

Nach dem polnischen Generalstabbericht vom 9. Oktober hat die gegen Wilna vordringende Truppe Jeligowski die folgenden heldenvertraulichen Depeschen an das Armeekommando geschickt:

1. Mit Rücksicht darauf, daß die in den Verhandlungen mit der Rownoer Regierung festgestellte Waffenstillstandslinie ungünstig für den Bewohner der Gebiete von Wilna, Grodno und Libau unser Land mit dem polnischen Wilna Litauen auslieferen, habe ich beschlossen, das Selbstbestimmungsrecht der Bewohner meines Vaterlandes mit den Waffen zu verteidigen. Ich habe den Oberbefehl über die aus diesen Gebieten stammenden Soldaten übernommen. Da ich nicht gegen mein Gewissen und gegen mein Pflichtgefühl als Sohn meines Vaterlandes handeln kann, bitte ich um Enthebung vom Dienste und vom Kommando meiner Truppe. Meine Kommandanten und Truppen, die gut diszipliniert und dem Gedanken der Befreiung des Vaterlandes ergeben sind, folgen meinen Befehlen. An die zurückgelassenen Abteilungen bitte ich unmittelbare Befehle zu geben.

8. Oktober. Jeligowski, Truppenkommandant.  
2. Jeligowski hat aus den obengenannten Gründen das Kommando niedergelegt. Da ich aus dem Grodnoer Lande stamme, halte ich es für meine Gewissenspflicht, mich dem Befehl Jeligowskis zu unterstellen. Deshalb erblicke ich mit Bedauern meine Enthebung vom Dienste. Der Stab meiner Truppe führt meine weiteren Befehle aus. Bobicki, Oberst und Stabschef.

Ein trotz dieser Erklärungen eingeforderter Bericht des Obersten Bobicki besagt: Die Truppe Jeligowskis befand sich um 3 Uhr nachmittags zwischen Rata und Wilna. Am 5 Uhr nachmittags besetzte sie Wilna. In Wilna wurde Jeligowski von französischen Gouverneuren empfangen, der ihm vorzuschlug, aus Wilna eine freie Stadt zu machen. Jeligowski nahm den Vorschlag nicht an. Der Armeekommandant General Sikorski bittet angesichts der Mentelei Jeligowskis und seiner Truppe um Interventionen. Seine infolge der Unzufriedenheit der litauisch-weißrussischen Division mit dem mit der litauischen Regierung abgeschlossenen Waffenstillstand am 8. Oktober versuchte persönliche Einschaltung auf die Division sei ohne Erfolg geblieben.

## Sozialisierung!

B. A. Die Erkenntnis von der Unmöglichkeit, mit den bisherigen Methoden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung dem Chaos der Gegenwart zu entrinnen und an den Wiederaufbau des ökonomischen und kulturellen Lebens der Völker zu gehen, ist in weiten Kreisen des arbeitenden Volkes verbreitet. Die Ueberzeugung, daß eine Form der Arbeitsgemeinschaft, in der ein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit herbeigeführt werden, das gemeinsame Interesse an der Fortführung und Steigerung der Gütererzeugung sich auswirken soll, an der realen Gegensätzlichkeit der Interessen von Unternehmertum und Arbeiterchaft scheitern muß, sollte sich im Verlaufe der zwei Jahre seit der November-Revolution in die Gehirne der Menschen eingepreßt haben, die von einer Ueberwindung des Klassenkampfes und der Klassengegenstände innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft träumten. Die Entwicklung in den großen gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern der Kohlen- oder der Schwerindustrie der Rast-Wirtschaft hat mit einer begrüßenswerten Deutlichkeit bewiesen, daß in diesen neuen Gebilden das rücksichtslos wahrgenommene Profitinteresse des Unternehmertums über die volkswirtschaftlichen Erfordernisse der Gesamtheit triumphiert und daß — was für unsre Stellungnahme von besonderer Bedeutung ist — die Arbeiterchaft der betreffenden Wirtschaftszweige auf das partikuläre Interesse einer Industrie festgelegt und durch Lohn- und Verpflegungszugeständnisse von den Massen des Proletariats für eine Zeit getrennt werden kann. In dieser klugen Verwirklichung des Prinzips *divide et impera* (teile und herrsche) gegenüber dem arbeitenden Volke liegt eine nicht hoch genug einzuschätzende Gefahr der Arbeitsgemeinschaftspolitik, denn es besteht gerade in einer Periode schwerster wirtschaftlicher Not und furchtbarsten Kampfes um die nackte Existenz die Möglichkeit, daß auf diese Weise Teile der Arbeiterchaft zu unbewußten Helfershelfern der wirtschaftlichen und politischen Reaktion werden.

Gerade in dieser Zeit der wachsenden Arbeitslosigkeit, in der die Trennung zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen zu einer in ihren Konsequenzen kaum absehbaren Gefährdung der proletarischen Solidarität zu werden droht, muß es das erste Bestreben sein, mit allen Mitteln das Gemeinsame der proletarischen Interessen anzuzeigen und sich jeden Versuch einer weiteren Zerlegung entgegenzusetzen. Der Geist der Arbeitsgemeinschaften aber weist in die Richtung einer einseitigen Berufsinteressenpolitik und obwohl es sicher ist, daß in absehbarer Zeit die enge Verknüpfung zwischen den wirklichen Interessen aller Arbeitenden wieder in das Bewußtsein der proletarischen Massen treten müßte, wäre doch eine vorübergehende einseitige Einstellung gerade sehr mehr als gefährlich. Der Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaften darf aber nicht nur in dem Sinne geführt werden, daß er sich gegen die offiziellen Institutionen derselben richtet, die glücklicherweise von einer Reihe von gewerkschaftlichen Organisationen bereits abgelehnt und bekämpft werden, sondern er muß sich auch in erster Linie gegen die Anschauung in den Reihen der Betriebsräte richten, daß das besondere Interesse ihres Betriebes parallel laufe mit den allgemeinen Erfordernissen und daß es deshalb ihre Aufgabe sei, mit aller Energie für die privatkapitalistischen Rentabilitätsinteressen ihres Wertes einzutreten. Es muß sehr offen gesagt werden, daß diese Gefahr in bedeutendem Umfange besteht und daß es notwendig ist, in dieser Hinsicht in Wort und Schrift für Aufklärung zu sorgen, wie es z. B. auch Rudolf Hilferding in seinem Referate auf dem ersten Kongreß der Betriebsräte mit erfreulicher Klarheit getan hat.

Es ist sehr gut, daß die Sozialisierungskommission Gruppe I, der u. a. Ballod, Lederer, Huß, Kautsky angehören, in ihrem begründeten Vorwort auf die Verhältnisse im Selbstverwaltungskörper der Kohlenindustrie hingewiesen hat und mit diesen Erfahrungen das beste Argument gegen die Viertel-Sozialisierung liefert, die der 2. Vorschlag der Gruppe Rathenau beifüht. Dieser zweite Vorschlag ist getragen von den gleichen Gedankengängen, die sich in den Arbeitsgemeinschaften ihren bisher bezeichnendsten Ausdruck geschaffen haben. Sie wollen der unübersteiglichen Willensknüpfung des gesamten arbeitenden Volkes das weiße über die Reihen der sozialistisch gerichteten Arbeiterchaft hinaus einmütig hinter der Forderung auf Sozialisierung des Kohlenbergbaues steht, eine Konzeption machen, ohne an die von ihnen für unentbehrlich gehaltenen Grundlagen der bisherigen Gesellschaftsordnung zu greifen. Sie wollen den Unternehmer und das Unternehmerinteresse nach folgenden Profiten erhalten, sie wollen nur, wie Herr von Siemens sich ausdrückt, die Ausschaltung „unberechtigter kapitalistischer Gewinne“. Die Arbeiterchaft ist demgegenüber der Meinung, daß es berechtigter kapitalistischer Gewinne überhaupt nicht geben kann, denn nur das formale Recht unserer Besitzverhältnisse schafft die Möglichkeit kapitalistischer Ausbeutung, während man keinerlei natürliches

Recht dafür finden kann, das die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen einschließt.

Es ist wichtig, daß dieses kleine, vor kurzem erschienene Büchlein Bericht der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues vom 21. Juli 1920 von der Arbeiterchaft aufmerksam gelesen wird, denn es dürfte alsdann sehr weiten Kreisen zum Bewußtsein kommen, daß mit Entschiedenheit alle Halbheiten in dieser Richtung abgelehnt werden müssen und daß es gerade bei dieser Frage keine Einverständnisklärung mit dem Vorschläge Rathenau geben darf, obwohl er gegenüber dem jetzigen Zustande gewisse Verbesserungen bringt. Aus diesem Grunde verurteilen wir es, daß die rechtssozialistischen Mitglieder der Kommission (Huß, Kaufmann, Lindemann, Umbreit und Werner) erklärt haben, daß sie, falls der weitergehende Vorschlag Lederer abgelehnt werden sollte, dem Vorschläge Rathenau beitreten. Gerade in diesem Punkte, in dem es um die Erringung einer der bedeutsamsten Machtpositionen innerhalb der Wirtschaft geht, hätten die Führer der Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit auf ihrem als richtig erkannten Standpunkte bestehen und für denselben die Kraft der gewerkschaftlich organisierten Massen rücksichtslos einsetzen müssen. Es ist selbstverständlich, daß unsre Gewerkschaften in den Betrieben und in den Gewerkschaften diese Politik des Einerseits-Andererseits mit aller Macht betämpfen und daß wir alles aufbieten müssen, um in großen und geschlossenen Aktionen den Kampf um die sofortige und volle Vergesellschaftung des Kohlenbergbaues anzunehmen. Die von dem Kongreß der Betriebsräte angenommene Resolution Hilferding über die Sozialisierung darf keine leere und wirkungslos verpuffende Entschlieung bleiben, sondern sie muß eine Willensknüpfung darstellen, deren Wirkungen im bevorstehenden Kampfe um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues deutlich in Erscheinung treten.

Wir wissen genau, daß diese Vergesellschaftung des Kohlenbergbaues nur ein erster Schritt sein kann auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus, aber wir wissen gleichzeitig, daß wir mit der Sozialisierung dieses wichtigsten Produktes der deutschen Wirtschaft eine feste Machtposition erobern, von der aus der Kampf um die politische Macht und um die sozialistische Gesellschaft beträchtlich erleichtert sein muß. Es gibt die Einseitigkeit des Proletariats, auf die wir in dieser Frage rechnen können, zum entschlossenen Kampfe gegen ein Volkswort der Bourgeoisie zu nützen und durch den Erfolg dieses Ringens das Machtbewußtsein und die Solidarität der arbeitenden Massen zu stärken!

## Der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues.

Der Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist in der letzten Zeit von der Arbeiterchaft nicht die Aufmerksamkeit geschenkt worden, die unbedingt notwendig wäre. Wie so manche andre für die Arbeiterchaft brennende und hochwichtige Frage ist auch das Problem der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft über den Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung in den Hintergrund gedrängt worden. Dagegen haben das Bürgertum und die Kapitalisten die Bedeutung der Frage richtig erkannt. Seit langer Zeit schon, ganz besonders aber seitdem die Vorschläge der Sozialisierungskommission vorliegen, laufen das Unternehmertum und die bürgerliche Presse gegen die Sozialisierungspläne Sturm. Einig und geschlossen zieht die Bourgeoisie in den Kampf gegen die Sozialisierung. In erster Linie sind die wirtschaftlichen Organisationen mobil gemacht worden. Der Vorstand des Reichsaerbands der deutschen Industrie hat beide Vorschläge der Sozialisierungskommission abgelehnt. Den gleichen Standpunkt haben die deutschen Bergbauvereine eingenommen. Ebenso haben sich eine Reihe von lokalen und Bezirksverbänden der Unternehmer gegen die Vorschläge erklärt. Immer wird es so hingestellt, als bedeute die Sozialisierung des Kohlenbergbaues den Ruin der deutschen Wirtschaft. Von verschiedenen Seiten wird zwar gesagt, die Arbeiterchaft und die Allgemeinheit müßten mehr als bisher an den Erträgen des Bergbaues beteiligt werden, immer wird aber mit Nachdruck betont, daß die „Initiative der Unternehmer“ gewahrt werden müsse. Das ist aber nur eine Umschreibung für die Forderung, daß den Unternehmern und Kapitalisten in den Betrieben der entscheidende Einfluß und selbstverständlich auch der „angemessene“ Profit gesichert werden soll. Diesen Standpunkt vertreten auch die bürgerlichen Parteien. So hat die demokratische Reichstagsfraktion, die zu einer besonderen Konferenz in Ann zusammengetreten war, erklärt, daß von der Sozialisierungskommission in ihrer jetzigen Zusammenfassung überhaupt kein durchführbarer Vorschlag zu erwarten sei. Ebenso hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei auf einer Tagung in Weimar, an der auch die Minister von Raumer und Dr. Heinze teilnahmen, die beiden Vorschläge zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft abgelehnt.

Die Reichsregierung hatte am 7. August durch den Reichswirtschaftsminister im Reichstag erklären lassen, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinschaftlichen Grundregeln unter gleichzeitiger Genanzziehung der Bergarbeiter und Angestellten zu verantwortlichen Trägern der Wirtschaft geordnet werden müsse. Man hat deshalb in der Presse viel geschrieben über den Gegensatz der zwischen dem Beschluß der Volkspartei-Fraktion und den Ministern der Volkspartei bestehe. In Wirklichkeit ist ein solcher Gegensatz gar nicht vorhanden. Der Unterschied besteht nur darin,

hoch die bürgerlichen Parteien offen den Kampf gegen die Sozialisierung aufnehmen, während die bürgerliche Regierung, die den offenen Konflikt mit der Arbeiterklasse scheut, die Verantwortlichkeit zu täuschen sucht. In einer heute stattgefundenen Sitzung des Reichstagespolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats, in der man sich auch mit den Sozialisierungsplänen beschäftigt hat, hat der Reichswirtschaftsminister v. Kaumer dargelegt, es seien heute — Volkspartei und völksparteiliche Regierungsmänner — einzig in ihrem Verhalten gegenüber den Sozialisierungsbestrebungen. Auf eine Anfrage des Chefredakteurs Bernhard von der Völkischen Zeitung gab v. Kaumer eine Erklärung der Regierung über ihre Stellung in der Sozialisierungsfrage ab. Er bezog sich zunächst auf die Erklärung, die der Reichswirtschaftsminister in der Reichstagsrede am 5. August abgegeben hat. Danach war der Reichswirtschaftsminister (Kaumer), unverzüglich die Weiterverfolgung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt. Am 22. September hat dann das Kabinett einstimmig beschlossen, den Reichswirtschaftsminister zu beauftragen, auf Grund des nunmehr vorliegenden Berichts der Sozialisierungskommission umgehend einen Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Bergbaues vorzulegen. Kaumer erklärte, die Auslegung, die die Tägliche Rundschau dem Kabinettsbeschluss vom 22. September gegeben habe, schne er in Uebereinstimmung mit dem gesamten Kabinett rundweg ab, ebenso in Uebereinstimmung mit Dr. Heine die Auslegung, die die Tägliche Rundschau den Leitenden der Fraktion der Deutschen Volkspartei gegeben habe, und die beide in einen Gegensatz zur Politik des Kabinetts bringen wollte. Der Kabinettsbeschluss sei vollkommen einwandfrei und klar. Er behalte sich selbstverständlich nicht eine Identifizierung mit den Beschlüssen der Sozialisierungskommission. Die Regierung werde eine durchaus selbständige Vorlage bringen. Die Leitende der Deutschen Volkspartei von Weimar sagten, richtig ausgelegt, daß die Fraktion auf dem Boden der Reinerklärung stehen werde. Eine Aussprache über die Erklärung des Ministers fand nicht statt.

Ueber die Tätigkeit der Sozialisierungskommission berichtete Genosse Dr. Hilferding. Er betonte die Notwendigkeit der Sozialisierung als Voraussetzung für die Sicherung der Kohlenproduktion und als ersten Schritt zur Verhinderung der kapitalistischen Wirtschaft. Walter Rathenau trat den zweiten Vorschlag der Teilsozialisierung. Im allgemeinen hielten sich die Unternehmer in Schwellen. Erst auf ausdrückliche Herausforderung der Arbeitervertreter riefte S. L. ein mit seiner Auffassung heraus, die dahin geht, man müsse sich erst klar werden, wie man den finanziellen Zusammenbruch verhindern könne, ehe man an eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft gehen könnte. Die Unternehmer wollen offenbar mit allgemeinen Redereien über die Sanierung unserer Wirtschaft um eine klare Entscheidung über die praktische Lösung der Sozialisierung der Kohlenwirtschaft herumkommen. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß auch rechtssozialistische Vertreter wie Wissell und Cohen gegen die Sozialisierung im Sinne des Vorschlags I sind. Wissell trat in der Debatte für die Teilsozialisierung ein. Er begründete seinen Vorschlag damit, daß die Unternehmer im Bergbau noch nicht entbehrt werden (!) könnten, weil die Arbeiterklasse erst nach langer Erziehungsarbeit zur Leistung der Produktion befähigt sein würden. Was er nicht auch für eine im Allgemeininteresse betriebene Kohlenwirtschaft genau so schätzbare leitende Kräfte gewonnen werden könnten, wie sie heute den Kapitalisten zur Verfügung stehen!

Es ist sehr bemerkenswert, daß Arbeitervertreter in einer so wichtigen Frage den bürgerlichen, die in der Hinsicht der Sozialisierung einig sind, nach zu Hilfe eilen. Wissell hat sich mit seiner Stellungnahme in schroffem Widerspruch nicht nur zu den Forderungen aller sozialistischen Organisationen, sondern auch des Arbeiterverbandes gestellt. Durch eine solche Haltung wird der Kampf der Arbeiterklasse gegen die geschlossene Front der Bourgeoisie außerordentlich erschwert. Es ist deshalb dringend notwendig, daß die Arbeiter selbst klar und unambiguously ihren festen Willen, endlich einer entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege zur Sozialisierung der Wirtschaft zu fordern, zum Ausdruck bringen. Je mehr sich das gesamte Bürgertum gegen die Sozialisierung des Bergbaues stemmt, desto entschlossener und massiver muß die Arbeiterklasse ebenfalls in geschlossener Front den Kampf für die Sozialisierung aufnehmen.

Von dem wirtschaftspolitischen Ausschuss sind die Sozialisierungsentscheidungen zunächst einem aus 15 Mitgliedern bestehenden Unterausschuss überwiesen worden.

## Ernährungs- und Wirtschaftsfragen vor dem Reichswirtschaftsrat.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich am Sonnabend mit zwangswirtschaftlichen und Ernährungsfragen, die von einem Unterausschuss bereits eingehend behandelt worden sind. Der Ausschuss erklärte sich nachträglich mit der Freigabe der Getreide und Getreideerzeugnisse einverstanden, zugestimmt wurde auch der Festimmung, daß die für die Speiseöl- und Margarineindustrie notwendigen Rohstoffe frei eingeführt werden können, daß dagegen von der Einfuhr von Getreideerzeugnissen und Fertigwaren abgesehen werde. Zur Spirituswirtschaft wurde beschlossen, daß im Interesse der Sicherung der Ernährung unbedingt an dem Grundbesitz festhalten werden soll, daß der aus inländischen Rohstoffen hergestellte Branntwein von der Monopolverwaltung zu trinken, werden nicht abgegeben werden darf. Zur Spiritusherstellung soll die Weizeninfuhr erleichtert werden. Zur Zuckerfrage erklärte Staatssekretär A. D. Müller, daß die Zuckerwirtschaft das trübste Kapitel in der deutschen Ernährungsfrage sei. Deutschland war früher das reichste Zuckerland. Im Jahre 1913 führten wir 1.100.000 Tonnen Zucker aus. Jetzt ist die Zuckerproduktion so herabgegangen, daß wir nicht einmal die knappen Nationen liefern konnten. Wir mußten Zucker aus der Tschechoslowakei kaufen und gaben dafür 2000 Eisenbahnwagen hin. Das ist so ziemlich das Unrentabelste, was man überhaupt tun kann.

Die Beschlüsse des Unterausschusses über die Getreideverordnung wurden bestätigt. Der Mehrpreis für ausländisches Getreide soll dementsprechend aus der Reichskasse gedeckt werden. Der Ausschuss stimmte ferner einem Antrag zu, wonach die Einfuhr von Pilsener Bier nach Möglichkeit eingeschränkt werden soll. Nach einem weiteren Beschluß sollen jährlich 400.000 Sad Kaffee zur Einfuhr freigegeben werden. Die Kaffee-Erzeugnissefabrikanten sollen ausreichend mit Rohstoffen beliefert werden.

Dann beriet man über die Verordnung über Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen. Die Verordnung sieht eine Anmeldepflicht für den Abbruch von Betriebsanlagen und die Stilllegung eines Betriebs vor. Sie bezieht sich auf industrielle Betriebe sowie auf die Betriebe des Bergbau- und Gewerbes, sofern in ihnen mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden. Von der Anzeigepflicht läuft eine Sperre für vier Wochen im Falle der beabsichtigten Stilllegung und von sechs Wochen bei Abbruch. Während dieser Zeit darf in Betrieben keine Veränderung der Sach- und Rechtslage vorgenommen werden. Die Verordnung wurde zur Nachprüfung einem Unterausschuss von neun Mitgliedern überwiesen.

In seiner Montagsitzung kamte der wirtschaftspolitische Ausschuss den Beschlüssen des Kohlenausschusses zu. Entsprechend einem Antrag Jumbusch eruchte der Ausschuss die Regierung, durch sofort einzusetzende technische Kommissionen die Verhältnisse in den verschiedenen Bergwerken und auf den einzelnen Werken prüfen zu lassen und auf eine Einführung aller eine Erhöhung der Förderung versprechende Veränderungen zu drängen. Insbesondere ist zu prüfen, ob nicht durch Einsetzung weiterer Fördermaschinen und eine bessere Organisation der Betriebe, die einen größeren Prozentsatz der Arbeiter an direkt produktiven Arbeit bringt, höhere Förderhöhen erreicht werden können. Es ist

auf ein richtiges Verhältnis zwischen den Völkern der Bergarbeiter und denen der Arbeiter in andern Industrien und Gewerben hinzuwirken. Die Bergarbeiterbevölkerung ist ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. — Die in den Tarifverträgen festgelegte Dauer der ordentlichen Schicht ist gesetzlich zu sichern. Der weitere Ausbau des Knappschaftswesens ist den Wünschen der Bergleute entsprechend mit möglichster Beschleunigung durchzuführen.

Ministerialdirektor Gehardt vom Auswärtigen Amt berichtete über die Rechtslage in der Frage der Diesel-Motoren, die durchaus zugunsten Deutschlands sei. Der Regierungsvortrag wies dann auf die in Paris überreichte Note, in der der deutsche Standpunkt dargelegt wird, hin, und erklärte im Anschluß daran: Wir haben vor einigen Tagen ein Schreiben des Vorsitzenden der Marinekontrollkommission bekommen, in dem er immer noch verlangt, daß der Zerlegung der Diesel-Motoren, die am 11. Oktober beginnen sollte, kein Widerstand entgegengesetzt werde. Er brohte, wenn Widerstand geleistet werde, die Kontrollpflicht zurückzuführen und an die Regierungen zu berichten. Wir haben erwidert, daß vor jedem weiteren Schritt die Antwort der Völkischerkonferenz auf unsere Note vom 10. September abzuwarten sei.

## Der Parteitag der Rechtssozialisten.

Kassel, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Parteitag begann gestern mit den Reden zweier Kasseler Oberbürgermeister Scheidemann und der alte Pfannkuch tauschten alte Erinnerungen aus der älteren Kasseler Arbeiterbewegung aus. Es fehlte auch nicht an aktuellen Wendungen. Die Einigkeit der Sozialdemokratie wurde dem abstrahierenden Beispiel des kommenden Hallenser Parteitages der USPD gegenübergestellt. Nach den bereits mitgeteilten Begrüßungsreden beschäftigte man sich mit der Festsetzung der Tagesordnung. Die Tagesordnung heißt unter Ablehnung verschiedener Vorschläge, die wirtschaftliche Frage auf die Tagesordnung zu setzen, unverändert; doch sollen Wissell und Schmidt als Referenten über die Wirtschaftsfrage unter dem Tagesordnungspunkt: Parlamentsfraktionsbericht sprechen.

In der Vormittagsitzung am Montag begrüßt für Holland H. Ilegen den Parteitag. Auch er predigt die Einigkeit und wendet sich gegen die USPD. Die Sozialdemokratie der Tschechoslowakei entscheidet sich. Sie kann keinen Delegierten entsenden, da sie alle Kraft zum Kampf gegen den Kommunismus braucht. Aus Georgien sind Vertreter erschienen, deren Namen aber nicht mitgeteilt werden. Dann beginnt Weis die Berichterstattung des Parteivorstandes.

Weis erstattet den Bericht des Parteivorstandes. Er feiert die Fortschritte des letzten Jahres und weist die Angriffe aus Gemüth zurück, die dem Parteivorstand mangelnde Initiative vorwerfen. Der Vorstand sei zum Zusammenarbeiten mit allen sozialistischen Parteien bereit gewesen, aber beim Rapp-Buch wogerte sich die Leitung der USPD, mit uns an einem Tisch zu sitzen. Nach einer Polemik gegen den Bolschewismus — die kommunistische Kriegspolitik würde Deutschland zum Schlachtfeld Europas machen — geht er zur auswärtigen Politik über, die in Folge des Versailler Vertrages die Voraussetzungen der inneren Politik diktiert. Die Sozialdemokratie bekämpft den Versailler Vertrag, aber sie erkennt die Pflicht der Wiedergutmachung im Rahmen des Möglichen an und dadurch unterscheidet sie sich von den Nationalisten. Aber diese Wiedergutmachungsarbeit muß Deutschland ermöglicht werden. Seine Arbeitskraft muß in ihren Dienst gestellt werden. Die Wirtschaft muß durch den Weltkrieg verbunden werden. Ein internationaler politischer Generalstab muß entstehen, die Aktionen müssen nach festen Grundsätzen erfolgen. Wir haben zu fordern, Revision der Verträge im sozialistischen Sinne, sofortige Inangriffnahme des Wiederaufbaues, einen internationalen Generalstab und sofortige Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland auch unter dem Bolschewismus. Die bürgerlichen Parteien nähern sich in der Regierung ihren Wahlsieg aus. Wir werden wieder einmal in die Regierung kommen und ihnen dann die Säuberung der Beamtenschaft in unserm Sinne nachmachen. Schließlich wendet sich der Redner den Wirtschaftsfragen zu. Die kapitalistische Initiative verlagert. Vom Willen der Arbeiter hängt vornehmlich die Lösung ab. Die Bergarbeiter werden ihre Macht ausüben für die Sozialisierung. Die Gefahren, die mit schematischer Verstaatlichung verbunden sind, werden dabei vermieden werden müssen. Kernfrage ist endlich die Regelung der Wafuta, die nur international möglich ist. Die Völkler müssen sich zur Wiedergutmachung vereinen. Endlich verweist Weis auf die Gefahr, die die kommunistischen Zellen für die Gewerkschaften bedeuten würden.

Parteis gibt den Kasselerbericht. Triumphierend erklärt er, daß die von den Gegnern oft prophezeite Massenflucht zur USPD und SPD nicht eingetreten ist. Mit dem Jahreszuwachs von 108.000, mit den 118.200 Mitgliedern ist unsere Partei die stärkste Deutschlands. Die USPD hat für Halle keinen Bericht vorgelegt, sie wäre froh, wenn sie die Hälfte unserer Mitgliederzahl hätte. Bedauerlich ist allerdings der Rückgang der weltlichen Mitglieder um 16.000. Die Parteipresse klagte von 85 auf 147 Blätter, von denen allerdings mehrere schlecht fundiert sind. Die Neue Zeit hat leider an Abonnenten sehr verloren (nach dem hinauswurf Kautskys und bei der mangelnden Werthaltung der Theorie in der von der Linken gereinigten Partei ist das wahrlich kein Wunder). Die Kasse weist zum erstenmal seit 1913 wieder einen Ueberschuß auf. Sie balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 2.507.538 Mk. Der Bestand am Jahresschluß war 215.548 Mk., dem Vermögen wurden 17.937 Mk. zugeführt. An Beiträgen der Organisation wurden geleistet 1.433.956 Mk. Nach der Feststellung der unterstützten Anträge tritt sodann die Mittagspause ein.

In der Nachmittagsitzung beginnt die Debatte. Zimmerfall-München wendet sich unter anderem scharf gegen die USPD. Wenn sie in Halle auseinanderfällt, so müssen wir sehr vorsichtig mit der Aufnahme dieser Leute sein, denn die Säbrier, die von dort kommen, vertreiben die ruhigen Elemente bei uns. Nach einigen unwesentlichen Rednern spricht Cohen-Berlin über die auswärtige Politik. Die englische Einstellung ist das gefährlichste. Wir müssen uns mit Frankreich verständigen und mit der falschen Vorstellung brechen, daß die französische Forderung nach Wiedergutmachung von Haß und Mißdiktier ist. Sie ist berechtigt, und deutsche Sozialdemokraten können im gleichen Maße nicht anders handeln als unsere französischen Genossen, die für die Wiedergutmachung eintreten. Der Redner reißt eingehend sein Stiefenpferd der Kontinentalpolitik vor und fordert, daß die Presse die Haltung Frankreichs wahrheitsgemäßer schildern solle. (Voreingelieferter Beifall.)

E. Bernstein: In der Forderung der Verständigung mit Frankreich stimme ich mit Cohen überein, aber die französische Sozialdemokratie ist einflusslos, weil sie sich von Moskau einfangen ließ und eine radikalistische Politik treibt. Bernstein warnt davor, die Einigung, die in verschiedenen Anträgen wieder „über die Köpfe der Führer“ geordnet wird, zu forcieren. Die formale Einigung kann erst nach der inneren kommen. Die Unabhängigen haben zuviel von den Moskauer Anschauungen angenommen. Sie könnten den Rest auch noch schlucken. Alles, was jetzt erreicht werden kann, ist mögliche Objektivität nach links, damit das Bewußtsein erhalten bleibt, daß wir im Grunde eine Familie sind. (Starker Beifall.)

Nach Ausführungen der Frau Böhm-Schuch über die Frauenaugarten über

Kellisch-Chemnitz Kritik am Parteivorstand. Er habe in schwierigen Situationen, beim Steuerabzug zum Beispiel, in der

Kartoffelfrage, die Initiative vermissen lassen. Mit dem Austritt aus der Regierung waren wir einverstanden, aber jetzt zeigt sich, wie schädlich das bürgerliche Regiment für die Arbeiterinteressen ist, darum muß mit der Regierung Schluss gemacht werden und durch Neuwahlen eine Besserung erzielt werden.

Selmann wendet sich heftig gegen Cohen bezw. gegen die Kontinentalpolitik. Frankreich zerreiht den Kontinent. Wir dürfen nicht von Frankreich und England sprechen, sondern von Sozialismus und Kapitalismus. Wir sind nicht unter allen Umständen Antibolschewisten.

Braun (Parteivorstand) wendet sich ebenfalls heftig gegen Cohen, dem er eine Reise in die besetzten Gebiete empfiehlt, um sich die unverantwortliche französische Wirtschaft dort anzusehen. Aus einer Unterredung mit hervorragenden englischen Arbeiterparteilern teilt er mit, daß 1918 Lloyd George unter allen Umständen Frieden mit Deutschland gegen Aufgabe von Belgien und Elsaß-Lothringen machen wollte. Die letzte Offensive des deutschen Heeres hat diese Maßnahme zerschlagen.

Eisenhardt-Hamburg: Bauer hat seinerzeit gesagt, die Rapp-Hochverräter müßten hart bestraft werden. Das Gegenteil ist eingetreten, so macht man sich lächerlich. Er warnt, über die Kämpfe in der USPD zu spotten. Nach weiteren unwesentlichen Neben wird die Sitzung geschlossen.

Kassel, 12. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Mandatsprüfungskommission erstattete gestern Abend Bericht. Es sind im ganzen 888 Teilnehmer. Davon 283 Delegierte, 40 Mitglieder des Parteausschusses, 16 Mitglieder des Parteivorstandes, 17 Mitglieder der Reichsfraktion, 4 Referenten, und 8 Vertreter der Parteiinstitutionen. Heute wird die Debatte über den Parteivorstandsbericht fortgesetzt.

Eggerkatt-Kiel erzählte, daß dort alle Tage an 20 Uebertritte von der USPD in SPD, erfolgen. Namentlich die älteren Genossen kehren zur Partei zurück. Den Führern der USPD wollen wir nicht gute Worte geben, sie kommen dann von selbst. Der Austritt aus der Regierung war notwendig, aber jetzt ist die Politik so reaktionär geworden, daß wir den Wiedereintritt erwägen müssen. Indes können wir uns niemals mit einer monarchistischen Partei zusammenschließen. Wenn wir wieder in die Regierung eintreten, müssen die Minister und überhaupt unsere Vertreter in der Verwaltung besser mit der Partei in Fühlung bleiben, dann werden schädliche Bücher wie das: Von Kiel bis Rapp, nicht mehr geschrieben werden, worin die Arbeiter fälschlich der Faulheit bezichtigt werden. — Die Debatte geht weiter.

Bemerkenswert ist die Fülle der Anträge, die eingereicht werden. Sie haben schon die Zahl von 350 überschritten. Meist sind sie sozialpolitischen Inhalts. Die Reformarbeit ist bei der USPD außerordentlich stark in den Vordergrund getreten. Die grundsätzlichen Erwägungen treten stark zurück, wie das auch der starke Abonnentenrückgang der Neuen Zeit bezeugt. Bemerkenswert ist aus den Verhandlungen die immer wiederkehrende Erwägung über die bevorstehende Spaltung der USPD. Immer wieder wird auf den Gegensatz hingewiesen, den Kassel und Halle bilden. Ein Redner meinte, niemand werde sich von Kassel nach Halle wünschen, dagegen könne er sich wohl vorstellen, daß viele ein Bilet von Halle nach Kassel nehmen würden.

## Strategen der bolschewistischen Weltrevolution.

Die Hamburger Volkszeitung, die als USPD-Organ „unter der bewährten Leitung des „außerordentlichen Kommunisten“ Wilhelm Herzog einen hartnäckigen Kampf gegen die alten sozialistischen Grundzüge und die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus im allgemeinen und gegen die Unabhängige Sozialdemokratie im besonderen führt, begünstigt sich jetzt ganz im Sinne der Roten Fahne und der Moskauer Bolschewiki ebenfalls für den revolutionären Krieg der deutschen Arbeiter an der Seite der Bolschewisten. Genau so wie die kommunistische Rote Fahne in ihrem von uns in der Sonnabendnummer gewürdigten Artikel macht auch die Hamburger Volkszeitung die westeuropäischen Arbeiter für die Niederlage der Russen im polnischen Krieg verantwortlich. Ja, sie geht sogar noch einen Schritt weiter und haßt den deutschen Proletariat die ganze Schuld für die Niederlage auf. „Den Frieden von Riga, den hat Deutschlands Proletariat ausgesetzt...“ Das deutsche Proletariat trifft die Schuld, daß es zum Frieden von Riga gekommen ist! — behauptet der kommunistische Geschichtsschreiber in dem Hamburger USPD-Blatt. Das notwendigste, was zu dieser unzulässigen Darstellung zu sagen ist, haben wir in dem schon erwähnten Artikel gegenüber der Roten Fahne gesagt. Wie der geniale Weltpolitiker in Hamburg, dessen politische Einsicht ebenso tiefgründig ist wie seine sozialistische und historische Erkenntnis, die politische Situation einschätzt, geht aus den folgenden Sätzen des Artikels hervor:

„Schon pocht die Weltrevolution an Deutschlands Tore, das deutsche Proletariat brauchte nur die Türhüter zu vertreiben und die Tore zu öffnen. Die Situation war günstig. Die Bourgeoisie selbst war sich uneinig. Sie begann sich schon mit den veränderten Verhältnissen abzufinden. Sie war bereit, sich wieder einmal auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen.“

Deutschland konnte damals zur nächsten Etappe der Weltrevolution werden.“

In einer Zeit, in der das Bürgertum seine Organisationen gekürzt, geschlossen und ausgebaut hat, wie noch nie, finden die Hamburger Politiker, daß die Bourgeoisie uneinig war. Während das Bürgertum geeint, bis an die Zähne bewaffnet dasteht und das Proletariat waffenlos und — nicht zuletzt dank der glorreichen Politik der USPD-Kommunisten — vielfach gespalten ist, findet die Hamburger Volkszeitung, daß die Situation für den Kampf des deutschen Proletariats an der Seite Sowjetrußlands gegen den deutschen Kapitalismus und gegen den Entente-Militarismus noch nie so günstig war wie jetzt. Nur ein paar Türhüter waren nach Ansicht des Artikelschreibers zu vertreiben, dann war die Bahn für das Proletariat frei. —

Weil aber die „opportunistischen Führer“ der USPD, die „Verräter“ und „Agenten der deutschen Bourgeoisie“, die politische Situation und das Kräfteverhältnis der Klassen nicht so eingeschätzt haben wie der weitblickende Wilhelm Herzog — deshalb erlitten die Bolschewisten eine militärische Niederlage und das deutsche Proletariat kam um seinen billigen Sieg. Die Schlussfolgerung ergibt sich von selbst: die alten opportunistischen Führer müssen zum Teufel gejagt werden und Wilhelm Herzog und seine Freunde, die die Weltgeschichte so spielend meistern und die Weltrevolution in so verblüffend einfacher Weise inszenieren, müssen die Führer des deutschen Proletariats in seinem Befreiungskampfe sein.

Also, auf — die Situation ist günstig! —

Wir fürchten nur, die Arbeiter, die sich jetzt der Führung der kommunistischen Weltrevolutionsstrategen anvertrauen, werden zwar sehr bald, leider aber doch viel zu spät, zu der Einsicht kommen, daß Lenin doch nicht so ganz unrecht hatte, als er über die Scheinabteilung einmal schrieb: „Besonders fomsich ist es, daß anstatt der alten Führer, die über einfache Dinge allgemeinen-menschliche Ansichten, die Ansichten aller zivilisierten Nationen haben, in Wirklichkeit (unter der Parole: „Nieder mit den Führern!“) neue Führer vorgeführt werden, die übernatürliches Zeug und Unsinn reden.“

# Die Spaltung am Niederrhein.

Düsseldorf, 11. Oktober.

Der Parteitag der USP für den Niederrhein tagte am 10. und 11. Oktober im Städtischen Hotel Düsseldorf. Die aus Befürwortern der 21 Bedingungen bestehende Mehrheit änderte sofort die Tagesordnung des Parteitages, wodurch der Punkt: **Internationale als 1. Punkt** behandelt wurde. Nach dem Referat von Dr. Breitscheldt gegen und Kitzahn für die Bedingungen wurde, nachdem nur einige Redner zur Diskussion gesprochen, ein Schlusssatz angenommen und einer Resolution, die den bedingungslosen Anstufung fordert, mit Mehrheit zugestimmt. Vor dieser Abstimmung wurde das Organisationsstatut durch Beschluß geändert, indem einer großen Anzahl verpflichteten Kongreßteilnehmern das Stimmrecht entzogen wurde. Die Genossen Braß und Obach, die den Standpunkt vertrat, Anstufung an Moskau unter Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Partei, wurden durch Beschluß verhindert, ihren Standpunkt zu vertreten, sie seien zu den Gegnern der Bedingungen zu rechnen. Nach Erstattung des Geschäftsberichts durch Braß reichten Obach und Genossen eine Resolution ein, die unter Bezugnahme auf den Bericht der Bezirksleitung die Annahme der 21 Bedingungen als im Gegensatz mit dem Leipziger Aktionsprogramm bezeichnet und zum Ausdruck bringt, daß der Boden des Aktionsprogramms verläßt, sich außerhalb der Partei stellt. Diese Resolution wurde überhaupt nicht zur Abstimmung gebracht. Daraufhin stellten die Gegner der 21 Bedingungen durch Breitscheldt in der Geschäftsordnung fest, ob die Mehrheit des Parteitages gelassen sei. Die Kritik 17. 21 usw. der Bedingungen durchzuführen und die Namensänderung der Partei nach der Auslegung Kitzahns, daß sie die USP mit der SPD zu vermischen habe, vorzunehmen wolle. Diese Fragen wurden nicht beantwortet. Nachdem Braß in seinem Schlusssatz unter Bezugnahme auf diese Fragen erklärt hatte, die Bedingungen könnten durch die russischen Genossen anders ausgelegt werden als durch Crispin und Dittmann, ferner, daß der Parteitag eine Plattform finden werde, die insbesondere die Selbständigkeit der Partei wahre, stellten die Gegner sofort den Antrag zur Geschäftsordnung, daß die weiteren Verhandlungen des Parteitages bis nach dem allgemeinen Parteitag anzusetzen sind. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Ein Antrag, die Mitgliedschaften durch Urwahl zu befragen, wurde gleichfalls abgelehnt. Es war damit für die mehrheitlich verweilende Minderheit klar, daß die Mehrheit des Parteitages unter Täuschung der Mitglieder die Partei mit all ihren Einrichtungen ins kommunistische Fahrwasser leiten wolle. Im Namen der Gegner der Bedingungen gab darauf **Sauer** eine folgende Erklärung ab: Der Parteitag hat das Organisationsstatut der Partei gebrochen. Durch Annahme der 21 Bedingungen hat die Mehrheit des Parteitages den Boden des Aktionsprogramms verlassen und sich damit außerhalb des Rahmens der Partei gestellt. Der Parteitag hat damit kein Recht mehr, im Rahmen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu sprechen und zu beschließen.

Der Aufforderung, den Bezirksparteitag der USP bei Nr. 3, Zahnstraße, fortzusetzen, leisteten mit der Mehrheit des Bezirksvorstandes die Gegner der 21 Bedingungen Folge. Der Bezirksparteitag wurde daraufhin unter Leitung von Sauerbrey und Berzen fortgesetzt und die notwendigen organisatorischen, agitatorischen und politischen Maßnahmen besprochen. Eine Fortsetzung des Bezirksparteitages findet nach dem allgemeinen Parteitag am 17. Oktober in Düsseldorf statt.

Die Hamburger wehren sich. Die Hamburger Genossen, die gegen die 21 Moskauer Thesen sind, geben ab Mittwoch, den 12. d. Mts. ein eigenes Blatt heraus. Der Titel ist: **Hamburger Tribüne**. Die Zeitung soll täglich abends (außer Sonntagen) erscheinen. Die Redaktion und der Verlag liegt vorläufig in Händen des Genossen Bergmann. Die Gründung ist ein Abwehrakt der Hamburger Genossen, die auf dem Boden des Aktionsprogramms stehen und in den Auseinandersetzungen über die Moskauer Bedingungen in der Gewerkschaftlichen Hamburger Volkszeitung mündlich gemacht worden waren.

# Um die Moskauer Bedingungen.

Die Stellung, die die Gewerkschaften in Norwegen zu den Moskauer Bedingungen einnehmen, läßt sich aus einem Vortrage des Vorsitzenden der Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften, Storthingaas, der die D. O. Kian, erkennen, den dieser Dagblad zufolge in Christiania hielt. Kian wandte sich mit größter Schärfe gegen die Punkte betr. den bewaffneten Kampf und die Notwendigkeit für die Arbeiterparteien aller Länder, den Bürgerkrieg zu bestimmen, um die Prinzipien des Sozialismus durchzuführen. In der Weise, wie die Punkte gefordert würden, wären sie mit der Organisationsformen der Arbeiterorganisationen unvereinbar. Die norwegischen Arbeiter würden sich außerhalb der 3. Internationale halten, bis die Verhältnisse herartig würden, daß eine internationale Organisation auf breiter sozialdemokratischer Grundlage geschaffen werden könne.

Die Schweizer Sozialdemokratie hat noch nicht in einer abschließenden Stellung zu den 21 Punkten genommen. Nach einer Meldung aus Olten ist jedoch der Vorstand der Partei der ablehnenden Haltung der Geschäftsleitung beigetreten; er hat einen Antrag angenommen, der sich gegen die 21 Punkte der Moskauer Bedingungen ausspricht.

In Italien ist der Streit um die Bedingungen noch in vollem Gange, wie nachstehende Meldungen zeigen: Rom, 8. Oktober. (Stefani.) Zur Frage der Hinausdrängung der gemäßigten Elemente aus der sozialistischen Partei und zu den von Moskau gestellten Bedingungen schreibt der sozialistische Abgeordnete Prampolini, es handle sich um die Diktatur nicht des ganzen Proletariats, wie sie auf dem Kongreß in Bologna festgelegt wurde, sondern einer kleinen Minderheit, die sich der Mehrheit mit roher Gewalt aufdränge. Käme sie morgen zur Macht, so würde sie die Presse und Versammlungs-freiheit vollends unterdrücken und zu Hunderten und Tausenden diejenigen ins Gefängnis und an den Galgen bringen, die sie als gefährlich oder aufständisch erachte. Prampolini erinnert an die von dem russischen Blatte **Itwestja** am 30. Juli veröffentlichte Bitte von 898 Todesurteilen, die in Rußland in der Zeit vom 28. Juni bis 22. Juli 1920 gefällt worden sind. Er fragt weiter, wie lange die Diktatur, wenn sie in Italien eingeführt würde, bestehen könnte, wie lange es dauern müßte, bis die Massen sich überzeugen, daß die russische Art verstanden und ausgelebte Diktatur des Proletariats in Wahrheit lediglich eine neue Tyrannei sei. Es sei unmöglich, auf der Spitze der Bajonette zu regieren.

Rom, 8. Oktober. (M.B.) Laut Tempo haben der Sekretär der sozialistischen Parteileitung, Ferrati, und der Leiter des Avant, Serrati die Einladung zu der von Turati, Treves und anderen Anhängern der Sammlung der Sozialisten auf dem Boden der alten Lehre nach Reggio nell Emilia einberufenen Zusammenkunft angenommen. Auf der Zusammenkunft soll auch die Lage in Rußland besprochen werden.

Rom, 8. Oktober. (Stefani.) Die Blätter haben den offenbaren Gegensatz hervor, der darin liegt, daß die parlamentarische Gruppe der Sozialisten in Triest sich für solidarisch mit dem kommunistischen Rußland erklärt habe, während man den kommunistischen geistigen Vorkämpfer Bombacci sehr kalt aufnahm und Serrati selbst fall spandete, welcher in seinem Bericht die Vernichtung der russischen Industrie, an der die Schaffung der Betriebsräte schuld sei und die Gleichgültigkeit des russischen Volkes hervorhob, das von einer kleinen Minderheit beherrscht werde. Die Blätter glauben, daß die parlamentarische Gruppe der Sozialisten, in der die liberalen und gemäßigten Elemente in sehr großer Mehrheit seien, durch ihre Tagesordnung habe vermeiden wollen, die Extremisten zu zeigen, besonders auch im Hinblick auf den nächsten Kongreß.

# Eine sonderbare Pahrerision.

Am Freitag wurde bei dem russischen Genossen **Kolowski** eine Hausdurchsuchung vorgenommen, in deren Verlauf alle vorhandenen Schriften, Bücher, Zeitungen, Manuskripte usw. gründlich durchgesehen wurden. Das auswärtige Amt verzichtete, es habe die Hausdurchsuchung nicht veranlaßt, auch vom Polizeipräsidenten und dem Staatskommissar für öffentliche Ordnung und für eine beratende Anweisung nicht erteilt worden. Jetzt gibt auf einmal das Polizeipräsidentium bekannt, die Hausdurchsuchung sei doch auf behördliche Anordnung erfolgt und zwar durch den Staatskommissar **Weismann**. Nur habe es sich nicht um eine Hausdurchsuchung, sondern um eine **Patrouille** gehandelt. Die ganz unangebrachte Schmeichelei bei den auswärtigen Mächten muß aufs schärfste verurteilt werden. Ebenso entschieden muß aber auch gegen die Verfälschung und Täuschung der Öffentlichkeit durch amtliche Stellen, die sich jetzt immer häufiger wiederholen, protestiert werden.

# Stützen der Gesellschaft.

Wir lesen in der Freiheit: Wie aus Magdeburg berichtet wird, sind dort der 1. Direktor **Arnold** und der Proturist der **Chemischen Fabrik Budau A.G.** auf Antrag des Landespolizeiamtes Berlin von der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Sie werden beschuldigt, große Mengen **Azid** und **Kalkaugen** ins Ausland verschoben zu haben. Sehr hohe Geldsummen wurden als die den Verhafteten gegebenen Schmiergelder beschlagnahmt. Der Direktor der Fabrik **Budau A.G.** war sehr intensiv in dem Spießhandel, den vor einigen Wochen der Rechtssozialist **Höring** aufdeckte, verwickelt. Er hatte der antilohschewitschen **Greuelpropagandagesellschaft** Gelder aus der Industrie zukommen lassen, um deren Kreaturen zu bezahlen. Die **Budau A.G.** stand natürlich auch auf der Subskribentenliste für die antilohschewitsche Liga. Das muß man wissen, wenn man jetzt von der Verhaftung des sauberen Schlotbarons wegen Auslandschlebung hört.

# Ein europäischer Eisenkruz?

Das „Neue Wiener Tageblatt“ berichtet, daß nach englischen Berichten vor etwa zwei Wochen zwischen **Franken** und **Stinnes** für Deutschland und **Schneider-Cresat** für Frankreich und Belgien, sowie dem amerikanischen Stahltrakt und der **National Citybank** für Amerika ein Vertrag geschlossen worden sein soll über die Verteilung des europäischen Marktes unter den Vertragsteilnehmern mit Ausschluß Rußlands. Die Verhandlungen seien in **Kopenhagen** und **Köln** geführt worden und der englische Vertreter im beidseitigen Gebiet habe schon vor sieben Monaten auf diese Verhandlungen aufmerksam gemacht.

Wenn die Nachricht richtig ist, handelt es sich hier um einen **Korridor**, der für das europäische Wirtschaftsleben von größter Bedeutung ist. Ein solcher Korridor würde in der Lage sein, einen ungeheuren Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsleben geltend zu machen. Der Vorgang zeigt auf neue, wie die Kapitalisten unbedenklich alle nationalen Rücksichten und Bedenken beiseite stellen, wenn es ihre Profitinteressen erfordern.

# Das positive Ergebnis der Brüsseler Konferenz — 3 1/2 Millionen Kosten.

Basel, 12. Oktober. (U.) Nach einer Brüsseler Meldung des **Matin** betragen die Gesamtkosten der **Brüsseler Finanzkonferenz** 3 1/2 Millionen **Francs**. Es erscheint fraglich, schreibt das genannte Blatt, ob das Ergebnis der Konferenz dem gewaltigen finanziellen Aufwand entspricht und ob ihre Wiederholung sich lohnt.

# Stärken für Deutsch-Österreich.

Klagenfurt, 11. Oktober. (U.) Bei der gestrigen Abstimmung haben die **Deutschen** einen Sieg errungen, indem etwa 80 bis 85 Prozent der abzugebenden Stimmen zugunsten **Deutsch-Österreichs** anfielen. Das Verhalten der **Italienischen** Dissidenten in den einzelnen Bezirken war muntergültig, während die **Frankosen** es vielfach an Objektivität fehlen ließen.

# Der Krieg im Osten.

## Der amtliche polnische Meeresbericht

Am 11. Oktober meldet u. a. **Litauische** Patrouillen haben ungeachtet des Waffenstillstandes die Demarkationslinie überschritten. Die jenseits der litauischen Linie anliegende Bevölkerung kommt fortgesetzt zu unseren Truppen mit der Bitte um Schutz vor **Wanderungen** der litauischen Soldatenverbänden. Bei der Einnahme von **Kostanow** wurden Gefangen gemacht. An der **Südfrent** wurden große **Truppenkonzentrationen** der **Bolschewiken** in der Gegend von **Smazonta** festgestellt. Anzeichen haben die **Bolschewiken** die Absicht, die **ukrainischen** Truppen nach Eintritt des Waffenstillstandes an der polnischen Front anzugreifen.

Rom, 11. Oktober. Die **litauische** Telegraphenagentur teilt mit: **Neuerliche** Meldungen ergeben klar, daß die **Abenteurertruppen** in **Wien** keine polonisierten **Litauer**, sondern **polnische** Verbände sind. Die **litauische** Regierung geht gegen die **Abenteurer** rüchsigstos vor.

## Neue Mobilisierungen.

Moskau, 11. Oktober. (Agence Havas.) Der Rat der Volkskommissare für Arbeit und nationale Verteidigung hat ein Dekret erlassen, demzufolge alle **Bürger Sowjeto-Rußlands**, die in den Jahren 1888, 1887 und 1888 geboren sind, mobilisiert werden.

Paris, 11. Oktober. Nach einer Radiomeldung aus **Lemberg** hat **Kestura**, der Führer der Nationalisten in der **Ukraine**, wieder sechs **Jahresklassen** mobilisiert.

## Ein Offensiv-Bündnis gegen Rußland?

London, 11. Okt. (T. U.) Eine Meldung des **Daily Telegraph** aus **Seltinsfor** zufolge sind zwischen **Finnland**, **Polen**, **Ungarn** und **Rumänien** Verhandlungen im Gange zwecks Abschluß eines **Offensivbündnisses**.

Die Meldungen machen einen höchst merkwürdigen Eindruck. Es liegt die Vermutung nahe, daß die „**Meuterer**“ mit dem Einverständnis gewisser **polnischer** militärischer Kreise gehandelt haben.

# Deutschland.

## Abgelieferte Waffen.

In einer Sitzung des parlamentarischen Betraths gab der **Rechtskommissar** für die Entarmung **Dr. Bekers** Auskunft über das bisherige Ergebnis der freiwilligen **Waffenablieferung**. An den zehn ersten Ablieferungstagen sind abgegeben worden: **122 000 Gewehre** und **Karabiner**, **913 Maschinengewehre**, **239 Maschinengewehre**, **17 Geschütze**, **11 Minenwerfer**, **13 Flammenwerfer**, **3 600 000 Schuss Handwaffenmunition**, **14 931 Granat** und **Gewehrgranaten**, **111 000 Handgranatenschilder** und **Sprengkapitel**, sowie eine sehr große Anzahl von **Raffenteilen**, darunter **8 Geschützrohre**, **7 Geschützverschlässe**, **151 Richtvorrichtungen**, **3590 Maschinengewehrläufe**, **4850 Maschinengewehrverschluss**, **19 900 Gewehr- und Karabinerläufe**, **19 300 Schösser**.

**Neue Kohlengrube im Ruhrgebiet.** Auf der neuen Zeche **Vincenz** sind, wie aus **Soyen** gemeldet wird, bisher **200 Bergleute** beschäftigt, die in den bisher **60 Meter** tiefen Schachtanlagen und den verschiedenen Stellen der zutage laufenden Stellen lohnende Beschäftigung finden. Die tägliche Ausbeute der neuen Zeche beträgt etwa **20-25 Waggons**, die zum größten Teil dem **Duisburger** Ruhrorter Hafen zugeführt und dort in Schiffe und **Kähne** verladen werden.

**Bahnverweigerung.** Wie Genosse **Rappoport** in der **Humanität** mitteilt, hatte er die Absicht, sich zum **Kongreß** der **Unabhängigen Sozialdemokraten** nach **Dalle** zu begeben. Die **französische** Regierung habe ihm jedoch den **Pas** verweigert.

In **Frankreich** ist der frühere **Sozialist Millerand** **Präsident** geworden. . .

# Kleine Auslandsnachrichten.

„**Rat zur Bekämpfung des Hungers**“. In **Westminster** ist die zweite internationale **Wirtschaftskonferenz** eröffnet worden. Sie bezweckt, die Mittel und Wege für eine **Widerherstellung Europas** zu studieren und nennt sich „**Rat zur Bekämpfung des Hungers**“. Der **Daily Mail** zufolge hat der **Minister des Innern** ohne Angabe von Gründen die **Einreisefreilassung** für den **Direktor der U. S. G., Dr. Walter Rathenau**, der an der **Wirtschaftskonferenz** teilnehmen wollte, verweigert.

**Jugoslawische Forderungen.** Die **jugoslawische Friedensdelegation** stellt für die Verhandlungen in **San Pablo** folgende **Minimalsforderungen** auf: **Krume** mit dem **Hafen** kommt unter das **Protektorat** des **Bösterreichbundes**. **Dalmatien** wird mit allen **Inseln** **Jugoslawien** einverleibt. **Jugoslawien** fordert **Skutari**, weil **Italien** das **Abereinkommen von Triest über Albanien** verletzt habe.

**Finanzkrisis in Habana.** Nach einer **Havasmeldung** aus **Habana** hat die **Regierung** infolge der **augenblicklichen Finanzkrisis** die **Einstellung aller Zahlungen** über **60 Tage** verfügt. Die **Banken** zahlten nur noch **10 Proz.** der **Kontoforrentguthaben** aus.

**Rückgang der Nahrungsmittelpreise in Amerika?** Nach einer Meldung der **Chicago Tribune** aus **Washington** sei in **Amerika** für den nächsten **zehn Monaten** mit einem **Rückgang der Preise** für **Nahrungsmittel** um **33 Proz.** zu rechnen. Dieser **Rückgang** erklärt sich aus der **guten diesjährigen Ernte**.

**Der irische Bürgerkrieg.** In der Nähe von **Bandon** (**Grasshaft** **Cort**) griffen **Sinnfeiner** zwei **Militärlastkraftwagen** an. Ein **Offizier** wurde **getötet**, drei **Soldaten** wurden **verwundet**. Ein **Militärlastkraftwagen**, der nach **Castlereaigh** (**Grasshaft** **Roscommon**) fuhr, wurde in die **Luft** gesprengt. **Wdt** **Soldaten** werden **vermisst**.

**Goldankauf durch die rumänische Regierung.** Die **rumänische** Regierung hat beschlossen, den **gesamten inländischen Goldvorrat** anzukaufen, um auf diese Art den **Kurs des rumänischen Lei** im **Auslande** zu **heben** und den **ausländischen Handel** für **Rumänien** zu **gewinnen**.

**Getreidebeschlagnahme in Rumänien.** Durch **Verordnung** werden die **Getreidevorräte** **Rumänien** vom **15. Oktober** an als **beschlagnahmt** erklärt.

**Ungarische Arbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs.** **Wie Uj Nemzet** meldet, sollen zu **zwei Militärlastkraftwagen** in **Nordfrankreich** auch **50 000 ungarische Arbeiter** verwendet werden. **Im** **Auftrage** des **Ministers des Innern** hat sich **Ministerialrat** **Adassy** nach **Paris** begeben, um die **Verhandlungen** abzuschließen.

# Von Nah und Fern.

**Der Mord an der Familie des Admirals Scheer.** **Weimar**, **11. Oktober.** Nach dem **bisherigen Ergebnis** der **Untersuchung** scheint es **festzustehen**, daß der **Mörder Büchse** ursprünglich nur einen **Raub** geplant hatte. **Büchner** hatte sich durch eine **Verklärung** im **Krieg** ein **schweres Verbrechen** ausgesprochen und war **völlig mittellos**. Man hofft, die **Tochter Scheers** trotz der **schweren Verletzung** am **Leben** zu erhalten.

**45 Tote bei dem Eisenbahnunglück in Konidres.** **Paris**, **11. Oktober.** Bei dem **Eisenbahnunglück** von **Konidres** sind nach den **bisherigen Feststellungen** **45 Personen** **getötet** worden.

**Neue Überschwemmungen in Südkonidres.** **Paris**, **11. Oktober.** Der **ununterbrochen** **niedergehende Regen** der **beiden letzten Tage** hat im **Süden Frankreichs** große **Überschwemmungen** verursacht, die in **Gärten und Feldern** **bedeutenden** **Schaden** angerichtet haben. Die **Garonne** und ihre **Nebenflüsse** sind aus den **Ufern** getreten. Die in **ihren Häusern** **gefangenen** **Bewohner** **flüchteten** in die **Goernen**. **Wienau** mußte **teilweise** **geräumt** werden. In **Albi** sind **drei Gebäude** **eingestürzt**. **Zwei** **Frauen** **samen** **dabei** **ans Leben**, **mehrere** **Bewohner** **wurden** **vermisst**. **Der** **Post** **stet** **anbauern**. In **Cordege** und **Aveyron** sind **ähnliche** **Überschwemmungen** zu **bestätigen**.

**Verantwortlich für den reaktionären Teil:**  
**Heinrich Kleißner** in **Leipzig**.  
**Verantwortlich für den Inzeratenteil:**  
**Friedrich Piller**, **Borsdorf/Leipzig**.

Druck u. Verlag: Leipzig Buchverlag Dr. Wittengraben, Leipzig

**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwielen u. Warzen  
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos  
**Kukirol** 100 000 fach bewährt  
Preis Mk. 3.—  
In Apotheken u. Drogerien erhältlich

**König Salomo-Apotheke, Grimmische Strasse**

**Erdal**  
**Schuhputz**



Vor Freude tanzt  
der schwarze Mann,  
er weiß  
was Erdal leisten kann.

schwarz / gelb / braun / rotbraun  
Alleinhersteller: **Werner & Merz, Mainz**

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. Oktober.

Parlamentegelegenheiten.

Neustadt, Mittwoch, den 13. Oktober, abends 1/8 Uhr, Funktionärsitzung im Restaurant Bonad, Meißner Straße 18.

Dehsh-Gaußig, Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung in der Bibliothek, Der Vorstand.

Crostewitz-Cröbern, Mittwoch, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof Crostewitz Funktionär- und Fraktionsitzung.

Stüthgen-Thonberg, Heute Dienstag, den 12. Oktober, abends 1/8 Uhr, beginnt in unserm Frauenklubabend in „Stadt Hof“ ein Kursus von Genosin Gerber. Alle bildungsbedürftigen, resolutionären Frauen, sowie auch die Jugendgenossinnen und -genossen sind hierzu eingeladen.

Tausch, Mittwoch, den 13. Oktober, abends 1/8 Uhr, Kartell-sitzung im Goldenen Löwen.

Sozialistische Rede- und Vortragsvereinigung Wahren, Donnerst- tag, den 14. Oktober, abends 1/8 Uhr, Vortrag des Genossen Gläser über Kritik an den bisherigen Gröhen in der Literatur. Gäste willkommen. Die Leitung.

Kursusleiter. Wegen Lichtmangels können die vom Kartell einberufenen Kurse Jensen, Petermann und JabonSKI diese Woche nicht stattfinden.

Gewerkschaftsarbeit. Gruppenrat 11 (Metallindustrie). Die für heute Abend an- gesehene Sitzung kann nicht stattfinden.

Die für heute Abend angelegten Kurse können wegen Licht- mangels nicht stattfinden. Allgem. Arbeiterbildungs-Institut.

Bildungsausschuss. Die Sitzung findet heute Abend bestimmt statt. Allgemeines Arbeiterbildungs-Institut.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig. Sonntag, den 17. Oktober, vormittags 9 Uhr. Auswahlsitzung im Volkshaus. Pünktliches Erscheinen erforderlich. Der Vorstand.

Leipzig und seine Güter.

Die Stadt Leipzig besitzt in der näheren Umgebung namhaften Grundbesitz, bezogen auf 10 Güter. Solange Sozialdemo- kraten im Leipziger Stadtvorordnetenkollegium sitzen, waren sie bestrebt, die Güter durch die Stadt selbst bewirtschaften zu lassen. Durch die reaktionäre Zusammensetzung des Rates und des Stadtvorordnetenkollegiums wurde das aber immer verhin- dert. Erst während der Kriegszeit trat auch auf diesem Gebiete eine kleine Wandlung ein. Dazu trugen vor allem die Schwierig- keiten bei, die der Beschaffung von Lebensmitteln, im besonderen aber von Milch für Säuglinge entgegenstanden. Die Viehbestände in der Umgebung wurden mehr und mehr verringert, an eine Er- gänzung der Bestände wurde nicht gedacht, selbst auf den verpach- teten Gütern wurde die Viehhaltung so vernachlässigt, daß sich der Rat gezwungen sah den Wärdern Bedingungen über die Vieh- haltung zu stellen. Aber auch das war nur von geringem Erfolg. Unter dem Druck der Not fand die Forderung der sozialdemo- kratischen Vertreter auf eigene Bewirtschaftung etwas willigeres Gehör, zum wenigsten wollte man erst einmal Versuche anstellen. Vollständig reine Wirtschaft zu machen ist auch heute noch der Zukunft vorbehalten; es wird erst gelingen können, wenn durch eine gründliche Umgestaltung der städtischen Gemeindeverwal- tung das Zweikammerwesen in den Städten beseitigt ist.

Im Juli 1917 wurde das Klostergut Connewitz und am 1. Oktober 1917 des Stadigt Sommerfeld in eigene Bewirtschaftung übernommen. Connewitz brachte in diesem Jahre bis zum 31. Dezember, dem üblichen etatmäßigen Abschluß des Rechnungsjahres, noch einen Ueberschuß von 29 219 Mk., der sich wesentlich aus dem Pachtvertrag ergab. Sommerfeld da- gegen erforderte für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1917 noch einen Zuschuß in Höhe von 7551 Mk. Sofort wurden nach Bekanntwerden des Abschusses unter den Gegnern der Eigen- bewirtschaftung Bedenken laut, indessen ließen sich die Sozial- demokraten und auch ein Teil der Bürgerlichen nicht verblüffen. Nach Ablauf weiterer Pachtverträge bei andern Gütern wurden auch diese in eigene Bewirtschaftung übernommen. Es erfolgte am 1. Januar 1918 die Uebernahme des Gutes Thonberg und am 1. Juli 1918 die vom Gute Meusdorf. Bei der Uebernahme von Meusdorf wurde vom Stadtvorordnetenkollegium beschloffen, entsprechend den Grundzügen der Landwirtschaft den Beginn des Wirtschaftsjahres für die Güter in Eigenbewirtschaftung auf den 1. Juli zu verlegen, um eine bessere Uebersicht über die Ertragsverhältnisse zu erlangen. Demnach sind nunmehr die Abschüsse der einzelnen Güter im städtischen Haushaltsplan ein- gerechnet worden. Naturgemäß mußte sich der Betrag des Zuschusses für die Zeit vom 1. Januar 1918 bis 30. Juni 1918 weiter erhöhen, da die Aufwendungen in dieser Zeit höhere sein mußten, als die Erträge aus den Einnahmen aus neuer Ernte; er belief sich nach der Hauptrechnung für die drei Güter Connewitz, Sommerfeld und Thonberg auf 214 224 Mk. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß im ersten Wirtschaftsjahr

schon höhere Aufwendungen gemacht werden mußten, da bei Uebernahme in manchen Fällen nicht auf die notwendigen Ver- lände in Futterartikeln usw. Rücksicht genommen wurde. Auch nach dem Rechenresultat für 1919 erfordern die vier Güter in ihrer Gesamtheit immer noch einen beträchtlichen Zu- schuß von 13 255 Mk. Scheinbar hätte man also mit der Eigenbewirtschaftung von der Uebernahme an bis zum Abschluß des Wirtschaftsjahres 1918/19 ähnliche Erfahrungen gemacht.

In Wirklichkeit liegt die Sache anders. Die Rentabi- lität der Güter in Eigenbewirtschaftung ist nicht mit dem rechnungsmäßigen Ueberschuß erwiesen, sie wird auch nicht in Frage gestellt durch den obengenannten geringfügigen Zu- schuß, weil bei den in Eigenbewirtschaftung befindlichen Gütern die Pachtzinserrträge früherer Jahre unter Umständen in Rechnung gestellt sind. Diese Ausgaben müssen den Ertragssummen der Güter zugerechnet werden. Geschieht dies nach dem Rechenresultat für das erste volle Wirtschaftsjahr 1918/19, so ergibt sich ein erstmaliger Reinertrag in Höhe von 48 000 Mk. Die Güter arbeiteten also im vergan- genen Jahre schon nicht mehr mit Verlust, sondern mit Gewinn, der nebenbei bemerkt 5 Prozent Zinsen und 5 Prozent Tilgung für aufgewandenes Kapital von ihnen getragen werden.

Legen wir die gegenwärtige Rechnung des Haushaltsplanes für 1920 zugrunde und machen eine Gegenüberstellung mit den verpachteten Gütern, dann ergibt sich folgendes Bild:

Die sechs verpachteten Güter mit 1011 Hektar bewirtschaftete Anbaufläche bringen laut Konto 19 108 936 Mk. Reinertrag; dagegen bringen die vier Güter in Eigen- bewirtschaftung bei 450 Hektar Anbaufläche 104 824 824 Mk. Reinertrag. Das Rechenresultat für das am 30. Juni abgelassene Wirtschaftsjahr 1918/19 liegt noch nicht endgültig vor, soweit sich aber übersehen läßt, werden die im Haus- haltsplan vorgesehenen Einstellungen hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben weitestgehend überflüssig. Ausnahmslos werden alle vier Güter Ueberschüsse bringen. Der Reinertrag dürfte annähernd auf 400 000 Mk. steigen. Damit ist schon der Vorteil der Eigen- bewirtschaftung erwiesen. Es ist aber ferner zu berücksichtigen, daß das Obst, Gemüse, die Milch und das Schlachtvieh zu angemessenen Marktpreisen, teilweise sogar unter diesem, an die städtischen Anstalten oder an die Einwohner abgegeben werden und daß die Entlohnung der beschäftigten Arbeiter auf diesen Gütern immer eine bessere ist als in landwirtschaftlichen Privatbetrieben. Weiter kommt in Betracht, daß die Bewirtschaftung dieser Güter nicht nach dem Grundbesitz erfolgt, nur die Produkte anzubauen, die den meisten Gewinn bringen, son- dern die Aufmerksamkeit wird der Viehzucht zugewendet. Der gegenwärtige Viehbestand beläuft sich auf 42 Pferde, 31 Ochsen, 6 Bullen, 131 Kühe, 65 Stüd Jungvieh, 132 Schweine, 28 Schafe und 5 Ziegen. Der Viehbestand wird, gegenüber den heutigen Werten, zu mäßigen Preisen in Rechnung gestellt, um späteren Preisrückgängen zu begegnen. Der Ertragswert für den einzelnen Hektar Anbaufläche wird bewertet nach dem Anbau der verpach- teten Produkte. Der knappe Ueberschuß muß die letzten Zweifel an den Vorzügen der Eigenbewirtschaftung zerstreuen. Hoffentlich werden bald alle städtischen Güter und ebenso das landwirtschaftliche Gelände des Johannishospitals von der Stadt in Eigenbe- wirtschaftung betrieben.

Die Auswanderung nach Russland.

In einer mäßig besuchten öffentlichen Versammlung, ein- berufen von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur, sprach am Sonntagvormittag Bruno Grimm aus Reimersgrün i. Pr. über seine Erlebnisse in Sowjet-Russland. Grimm schilderte ausführlich die Leiden und Entbehrungen, denen sie schon auf der Reise in Sowjet-Russland ausgegesetzt gewesen seien und die sich in Rosolna noch vermehrt und ins Unerträgliche gesteigert hätten. Ihre Ankunft sei in feinerlei Weise, weder in bezug auf Wohnung noch auf Verpflegung mit Nahrungsmitteln vorbereitet gewesen. Infolge der ungenügenden und ungenießbaren Nahrung seien viele der Auswanderer erkrankt. Tagelang hätten sie in Eisen- bahnhöfen ohne Stroh und ohne Decken schlafen müssen. Von den russischen Arbeitern seien sie als Eindringlinge betrachtet wor- den und russische Regierungsvertreter hätten ihnen erklärt, daß der Transport gegen den Willen der russischen Regierung und ohne ihre Einverständnis erfolgt sei, und daß sie deshalb alle Verant- wortung ablehnen. Grimm bezeichnete die Vertreter der Inter- essengemeinschaft für Auswanderer, Gumprich und Funke, als Menschenhändler, die mit Hilfe russischer Agenten, unter denen ein Herr von Hagen, Betriebsingenieur in Rosolna, eine große Rolle spielt, den Transport der deutschen Auswanderer wider den ausdrücklichen Willen der russischen Regierung inszeniert hätten. Der größte Teil der Auswanderer sei, um nicht zugrunde zu gehen, geschlachtet. In Moskau haben die Flüchtlinge die Hilfe des Deutschen Arbeiterrates und des Roten Kreuzes gefunden, die ihnen die Heimreise ermöglichte.

So wünschenswert es ist, daß den Auswanderungswilligen über die Verhältnisse in Sowjet-Russland volle Klarheit gegeben wird, und daß die Sühntenden der Gumprich und Genossen auf- gedeckt werden, so erbärmlich mutet es aber an, wenn man sieht, daß sich Leute wie Grimm, die sicher hofften, in Russland ein ge-

machtes Bett zu finden, nun mit ihren Entlassungen in die Arme der Liga zum Schutze der deutschen Kultur fühlten, um ausgerei- net von hier aus für die „Wahrheit“ zu kämpfen. Die Aus- fährungen Grimms endeten in einer Agitationsrede für die Liga zum Schutze der deutschen Kultur.

Von einem Versammlungsbesucher wurde Grimm die Frage vorgelegt, ob er von der Interessengemeinschaft für Auswanderer Schweigegeld verlangt habe. Grimm verweigerte dies abzuweigen, mußte jedoch zugeben, daß er 50 Mk. von der Interessengemein- schaft erhalten hat. Die Interessengemeinschaft habe an ver- schiedene der zurückgezogenen Genossen 50 und 100 Mk. ausgeschütet, die man wohl als Schweigegeld bezeichnen könne. Diese Tatsache erhebt einmal die unaufrichtigen Machinationen der Interessengemeinschaft und läßt andererseits die Kaufkraft der Liga so vermehren. Man fragt sich schließlich, was erbärmlicher ist: Der Menschenhandel, den Gumprich und Genossen treiben, die Ge- sinnungslosigkeit Grimms, oder die Liga zum Schutze der deut- schen Kultur, die die Gefinnungslosigkeit Grimms in den Dienst ihrer antisowjetischen Propaganda spannt.

In der Diskussion trat ein Herr Bergh, der sich als Beau- trägter der deutschen Arbeiterräte in Sowjet-Russland vorstellte, auf. Er unterrichtete die Ausführungen Grimms in bezug auf die ungeheure Notlage, in der sich Sowjet-Russland befindet, und die von dem russischen Volke mit seinem primitiveren Lebensgewohn- heiten noch ertragen werden könne, keineswegs aber von deutschen Arbeitern, die ein ganz anderes kulturelles Niveau einnehmen. Er. Bergh, habe schon früher auf das unverantwortliche Spiel, das die Interessengemeinschaft treibe, hingewiesen, sei aber leider nicht gehört worden.

Der zweite Diskussionsredner, Henrich, ergänzte die Aus- fährungen Grimms über die Entbehrungen und bitteren Erfahrungen in Russland. Er warnte dringend vor weiteren Auswanderun- gen nach Sowjet-Russland.

Zunahme der Erwerbslosigkeit in Leipzig.

Nach der Ende September erfolgten Feststellung ist, wie uns das Arbeitsamt schreibt, die Zahl der vollverheirateten männlichen Personen von 1918 im Vormonat auf 16694 geklungen und die der weiblichen von 2081 auf 1978 gefallen. Volle Erwerbslosenunter- suchung bezogen demnach 12672 (im Vormonat 12052) Personen. Bedeutend hat sich auch die Zahl der nicht vollbeschäftigten Per- sonen vermehrt. Ende August waren 853 männliche und 330 weibliche Kurzarbeiter vorhanden, Ende September waren es 1898 männliche und 835 weibliche Personen, die Lohnzusatz empfangen.

Beim Arbeitsamt I und den ihm angeschlossenen paritätischen Fachabteilungen meldeten sich mit dem aus dem Vormonat über- nommenen Rente 20582 (im Vormonat 19659) Arbeitsuchende, 15773 (15499) männliche und 4809 (4380) weibliche. Den männlichen Arbeitsuchenden konnten 5225 (6091), davon 533 auswärtige, und den weiblichen Arbeitsuchenden 3104 (2555), davon 123 aus- wärtige Stellen angeboten werden. Belegt wurden insgesamt 7638 (7688) Stellen und zwar 4948 (5708) mit männlichen Personen und 2692 (2280) mit weiblichen Personen. Auf 100 männliche Arbeitsuchende kamen rund 33 (39) und auf 100 weibliche rund 65 (69) offene Stellen. Von dem Rückgang der Arbeitsver- mittlung für männliche Personen um 762 belegte Stellen sind be- sonders die Gattungsstellen betroffen worden; im Vormonat August konnten ihnen 1268 Stellen angeboten werden, im Sep- tember nur 471. Auch in der Metallindustrie ging die Vermittlung für männliche Arbeitsuchende zurück von 813 auf 698, dagegen hob sie sich für Frauen von 228 auf 304 belegte Stellen. In der Sachabteilung für das Schneidergewerbe wurden von den 380 vorhandenen Beschil- ten 201 (8) und von 578 weiblichen Arbeitsuchenden 282 (76) vermittelt. Von den arbeitsuchenden Schuhmachern wurden 42 (15) in Stellen abgedeckt. Für das Steinlegergewerbe wurden 55 (15), davon 31 nach auswärtig, vermittelt. Auch im Baugewerbe konnten wieder 187 Arbeitsuchende in auswärtigen Stellen untergebracht werden, da- gegen ging die Vermittlung für Ortsangehörige weiter zurück. Die land- wirtschaftliche Fachabteilung vermittelte 108 (126) männliche und 54 (49) weibliche Personen nach auswärtig. Von der Textilindustrie wurden 26 männliche und 387 weibliche Arbeitskräfte neu eingekell- tet. Die Abteilung für kaufmännische, technische und Bureau-Angestellten belegte 181 (131) Stellen mit männlichen und 182 (152) mit weib- lichen Arbeitsuchenden. Fast alle übrigen Fachabteilungen haben in ihrer Vermittlungstätigkeit, wenn auch nur in geringem Maße, heller abgedunkelt als im Vormonat. Bei den Abteilungen für das Dachdecker-, Kiltzschner-, Maler-, Münster-, Schneider-, Schuhmacher-, Löfber- und Dienstverlei-Gewerbe ist die Zahl der Arbeitsuchenden gegenüber dem Vormonat zurückgegangen, bei allen übrigen, bei einigen nicht unerheblich geklungen. So hat sich der Bestand an Arbeits- uchenden erhöht: Bei der allgemeinen männlichen Abteilung von 1106 auf 1296, bei den Weibern von 186 auf 221, im Baugewerbe von 804 auf 858, im Buchbindergewerbe bei den männlichen von 130 auf 156 und bei den weiblichen von 163 auf 259, in der Holz- industrie von 1266 auf 1291, bei den männlichen kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten, besonders infolge Auflösung der militärischen Abteilungsstelle, von 560 auf 766 und bei den weib- lichen, durch Aufnahme städtischer Kartenstellen von 331 auf 560, bei der Metallindustrie von 2043 auf 2265. In der Abteilung für Hausangestellte hat sich die Stellenvermittlung weiter ge- hoben; aber nur die Hälfte der angemeldeten Stellen konnte be- legte werden. Angemeldet wurden 420 offene Stellen, belegt 212. Zur Berufsberatung erschienen 289 Schüler, offene Lehrstellen wurden 113 angezeigt und 70 sofort belegt. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß nach den Demobilisationsvorschriften alle offenen Stellen, auch Ausbildungsstellen und Lehrstellen dem öffent- lichen Arbeitsnachweis zu melden sind; die Nichtbefolgung der Vorschriften ist unter Strafe gestellt.

Züßlinger und seine Zucht.

Von Konrad Voels.

Zeichnungen von Hans Albert Förster.

Am nächsten frühen Morgen erwachte Ajax, als die andern Züßlinge noch schliefen, von innerer Unruhe und von dem Schmerzen der Peitschenhiebe gequält. Diana, noch früher ermuntert, sah neben ihm und betrachtete die Schwiele auf ihrem glänzenden Leibe. Ajax küßte Mit- leid, ohne es zu wissen, und tastete über ihre roten Schwie- len; und er küßte Liebe, ohne Kenntnis, was Liebe sei. Und ungleich den ersten Zwanzig von Züßlingers Zucht schämten sich beide, da sie immer noch nicht ganz entblödet waren.

Aber der Aufseher kam zum Becken, und hinter ihm kam ein Knecht mit dem Breikübel.

Der Aufseher schüttelte die Morgenglocke. „Kaus, ihr Hundeviehler! Troll! Stub! Schrulle! Ajax! Diana! Freht, ihr Bestien.“

Diesmal ging noch alles in leidlicher Ordnung ab. Man führte die Züßlinge zur Arbeit, und Ajax ging neben Diana. Plötzlich stieg er sie an, und beide sprangen vom Wege, liefen über die Geleise der Bahn und tummelten sich auf einer frischen Wiese.

Aber Diana fürchtete sich, der Freiheit ungewohnt. Der Aufseher pffte und sie folgte seinem Pfeifen.

„Warte, ich will dir helfen!“ brüllte der Aufseher, zornig die Peitsche schwingend. Im nächsten Augenblick lag er am Boden. Ajax rief ihn rasend in Stücke.

Arbeiter kamen herbei, gewöhnliche Menschen aus der Masse, ängstlich und unschlüssig, und Ajax fuhr unter sie wie der Wolf in die Herde, so daß sie schreiend auseinander- flohen.

Diana lief, von seiner Wut gleichfalls entflammt, hinter ihm her, und so stürzten sie sich auf die Flüchtenden, die nun um ihr Leben liefen. Geradeswegs auf das Haupt der Diana ging die wilde Jagd.

Dort am Tor standen zwei bewaffnete Wächter, die zogen Handgranaten aus dem Gürtel, warfen sie auf Ajax und Diana und verwundeten sie schwer. Aber weder Ajax noch Diana fiel; ihr Blut spritzte, vermengte sich und vermehrte ihre Raserei; sie erschlugen mit den Fäusten beide Wächter und kamen in die Maschinenhalle, die im Ru leer von Arbeitern war. Nur zwei Züßlinge schaukelten an einem Steinhäufen weiter, aber schon reckten auch sie die Köpfe.

Ajax und Diana liefen auf sie zu, die Züßlinge warfen ihre Geräte weg, und sie erkannten zum erstenmal gegen- seitig ihre Zusammengehörigkeit.

Aber die Steinschauer nahmen Ajax und Diana nicht in ihrer Mitte auf, vom Blutgeruch angewidert. Sie sahen wohl die sprechenden Wunde der beiden Verwundeten, sie empfanden auch einen Anstoß, der das ruhende Pendel in ihrem Kopfe in Bewegung setzte, aber noch unfähig zu einer selbständigen Tat brummten sie unwillig und kehrten sich ab.

Ajax und Diana liefen weiter; das Getöse der Maschinen, die freiliebenden Räder, die schrillen Alarm sirenen, ihr rinnendes Blut machte sie taub und blind. Sie gewannen das Freie, stürzten auf ein ratterndes Maschinengewehr los. Geschosse klatschten in ihren Leib, und sie starben, indem sie sich umarmten, mitten auf dem Hofe.

„Teufel noch mal; die hatten aber ein zähes Leben!“ sagte die oberdeutsche Jungmannschaft am Maschinengewehr, noch schlatternd vor Angst. Das waren schön gewachsene Knaben zwischen sechzehn und achtzehn Jahren, die sich einstweilen durch Wachtübungen auf den Werken für ihren zweijährigen Grenzschutzdienst vorbereiteten.

„Gut geschossen!“ lobte der Werkherr, der eben, noch kettwarm, herbeilief.

„Aber das geht doch nicht!“ schimpfte er dann. „Was soll das hinführen? Das ist eine Gemeinheit!“ Und straks klingelte er das Zuchtwerk an, von dem er die beiden be- zogen hatte, und verlangte Ersatz für diese erbärmliche Ware.

„Ja, was ist denn das?“ brüllten auch die Herren der Zuchtwerke voll Erbitterung, denn von hier und da, von überall, wo Flüchtlinge beschäftigt wurden, kamen ähnliche Beschwerden und Nachforderungen.

Die Chemiker erzielten schwere Strafen, die Verblüddungs- dosen wurden verdoppelt, gleichzeitig aber auch die Dosen des entblüddenden Nahrungszusatzes. Allerdings schien erst einmal wieder eine Zeit der Ruhe einzutreten, aber nur deshalb, weil die Flüchtlinge vorsichtig wurden, wie Tiere, die durch vermehrte Gefahr klüger werden. Und auch, weil es überall schon Flüchtlinge von Anobes Zuchtwerken gab, die von Hera und Züßlinger schneller entblüdet worden waren, und die nun den zähen Teig ihrer Gefährten durch- säuerten, selbst noch schweigend und mit bloßem Blick, der Sprache noch nicht mächtig, aber Winke gebend, nur darauf eingeübt, Ruhe zu halten und den still weiterwachsenden Bestand der Flüchtlinge zu bezähmen. So glomm eine sorglich geschürte, schwelende unterirdische Glut, aus der nur dann und wann ein schnell erkalteter Funke herausbrach.

Die Flüchtlinge lernten schnell, was ihnen zu lernen not- tat. Denn, ohne Mutterstolz und ohne Muttermisch ent- standen und frei gewachsen, kannten sie keine Hemmungen und keine Ammenmärchen, keine Rücksicht auf Religion oder Familie hielt sie in Bann, sie wußten nichts von der Geld- gler und vom Ehrgeiz, den heiligen Tugenden der Ober- deutlichen, und nichts von dem gottgewollten Abhängigkeits- gefühl, das die Masse beherrschte.

Sie kannten nur die Peitsche und die ihnen von ihren

Sächsische Angelegenheiten.

Anträge und Anfragen in der Volkstammer.

Die Deutsche Volkspartei hat bei der Volkstammer folgenden Antrag eingebracht: „Es ist die Versorgung verbreitet, daß die sächsische Industrie infolge der Zentralisation des Beschaffungswesens bei der Vergabe von Aufträgen für die Eisenbahn nicht mehr genügend berücksichtigt wird.“

Eine Anfrage derselben Partei lautet: „Was hat die Regierung getan, um die Schwierigkeit des Uebergangs der Zwangs-wirtschaft in die freie Wirtschaft zu beheben?“

Der Streit um das Schweineviezel.

Im Vogtlande und in der Lausitz war von den Landwirten die Abgabe des Schweineviezels verweigert worden mit dem Hinweis, daß die betreffende Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums ungültig sei.

Der Chemnitzer Kartoffelstand.

Ueber den sonderbaren Kartoffeltransport, bei dem die Chemnitzer Kartoffelstelle eine recht merkwürdige Rolle gespielt hat, lesen wir in der Chemnitzer Volkszeitung folgende Erklärung:

Auf Ersuchen der Kartoffelstelle Chemnitz beauftragte der Gesamtbetriebsrat sächsischer Betriebe beide Unterzeichnete in Schwarzberg den angehaltenen Kartoffeltransport von 20 Waggons, der Stadtgemeinde Chemnitz gehörig, und nach den deutsch-böhmischen Gemeinden Platten, Reuditz, Beringen, Auerdam und andern Orten geschickt werden sollte, zu reklamieren und unter beider Kontrolle an sächsische Gemeinden nunmehr zu verlaufen.

Vom Gesamtbetriebsrat sächsischer Betriebe: gen. Spindler.

Vom Bezirksbetriebsrat der Eisenbahner: gen. Renzel.

Durch diese Erklärung wird die Sache nur noch bedenklicher. Die zuerst gebrauchte Ausrede, die Kartoffeln seien verdorben und zur menschlichen Nahrung nicht mehr geeignet gewesen, wird nicht nur durch das Urteil der Sachverständigen, sondern vor allem auch durch die Tatsache widerlegt, daß die Kartoffeln noch von den Gemeinden verteilt werden, was die Arbeitervertreter ihre Zustimmung sicher nicht gegeben hätten, wenn die Kartoffeln ungenießbar wären.

Mogelnde Kartoffelfersenger.

Vor dem Oberlandesgericht Dresden spielte ein Strafprozeß, der wieder einmal zeigt, in welcher raffinierter Weise man die Kartoffelbauern zu verheizen, allen behördlichen Anordnungen und Kontrollen ein Schnippchen zu schlagen. Anfang Dezember 1919 erschien im Auftrage der Amtshauptmannschaft Rochlitz der Revisor Eise auf dem Weichhorner Gute in Mühltau bei Burgstädt, um eine Nachprüfung der angemeldeten Kartoffelvorräte vorzunehmen.

am 21. September abgehalten gewesen waren, Herr Lehrer Fickler hielt nochmals seinen Vortragsvortrag über das Thema: Was lehrt die Lehrerlehre an die Stelle des konfessionellen Religionsunterrichts? Die Elternversammlung die noch kürzer belacht war als die frühere, nahm einstimmig die gleiche Entschließung an.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte soll ihren Sitz von Wilmersdorf bei Berlin nach Dresden verlegen. Der Präsident des Direktoriums teilte in der vorletzten Sitzung des Verwaltungsrats mit, daß der Bauauschuss mit 7 gegen 2 Stimmen beschlossen habe, ein neues Verwaltungsgebäude in Dresden zu errichten.

Lebensmittellisten für Mittwoch, den 13. Oktober.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Nahrungsmittel für Kinder bis zu 2 Jahren: Leichter Tag — abzugeben H 1, M 4, N 4, Z 4 der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3.

Nahrungsmittel für Schwangere: Leichter Tag — abzugeben S N 4 der Sonder-Lebensmittellisten für Schwangere usw.

Ausgabe. 41. Kartentverteilung: Nr. 1401—1600. Zeit für Kriegeschadigte usw.: Ausgabe L-Lindenau, Luckstraße 2, nachmittags 2—5 Uhr.

Für Händler.

Hafernahrungsmittel: Markenabgabe an den Obmann.

Vollzeilenachrichten.

Reisende Kleiderdieb! Warnung an Schneider! Seit einigen Tagen machen sich vermuthlich auswärtige Spitzbuben, die es auf die Erlangung von Kleiderstoffen abgesehen haben, unheimlich hier bemerkbar. Sie arbeiten nach einem alten Trick. Einer wählt aus den auf der Ladentafel ausgebreiteten Ballen Stoffe aus, während der andre unterdessen nicht allzu umfangreiche, aber wertvolle Stoffstücke verschwinden läßt; oder sie benutzen zum Stehlen den Eintritt eines Kunden in den Laden, dessen vorfertige Abfertigung sie vom Verkäufer oder Geschäftsinhaber erbitten; oder schließlich flieht der eine, während dem andern zu einem Kleiderstück Maß genommen wird.

Der falsche Lebensmittelbesorger! Weitere Geschädigte gesucht! Zeitgenommen wurde der 33jährige stellunglose Handlungsgehilfe Carl Schnorr, der seit Anfang dieses Monats hier eine Anzahl Personen um größere Geldbeträge betrogen hat, doch er ihnen billige Lebensmittel, Reis, Mehl, Zucker und dergleichen, andot und sich dafür im voraus bezahlen ließ. Er erklärte, die Lebensmittel durch einen Verwandten beschaffen zu können, dachte aber natürlich nicht im entferntesten daran, solche zu liefern, sondern hatte es nur auf die Erlangung von Geldmitteln abgesehen, die er bei seiner Festnahme zum größten Teil in seinem Interesse bereits wieder verausgabt hatte.

Ein trübes Familienleben. Am 5. d. M., abends nach 7 Uhr, war ein in Moskau wohnender Arbeiter mit seinem 18jährigen Sohn in Streit geraten, der in Handgreiflichkeiten von beiden Seiten ausartete. Im Verlauf des immer hitziger werdenden Streites ergriff die Mutter für ihren Sohn Partei. In ihrer Wut nahm sie aus dem Ofen einen Topf mit kochendem Wasser und goß es ihrem Ehemann ins Gesicht, trat ihn auch noch wiederholt in den Leib; der Sohn nahm einen starken Bindfaden und band seinem Vater die Hände auf dem Rücken zusammen. Hierauf schloß das entmenschte Paar den Gatten und Vater aus der Wohnung hinaus auf den Flur, um ihn die Treppe hinunterzuwerfen. Dazu kam es aber nicht, weil sich der gemarterte Mann aus seinen Fesseln befreien konnte.

Dienstag, den 19. (öffentliche Vorstellung, zugleich Schillerverein 1 c) statt.

In der am Mittwoch stattfindenden Aufführung von Madame Butterfly singt Mine Sanden zum erstenmal die Titelrolle, Rudolf Jäger zum erstenmal den Intendanten.

Die vereinigten Männerchöre Liebertwitz und Holzhausen, deren Konzerte zu den Besten des Volkshausbaus am Sonnabend im Gambinusaale in Liebertwitz stattfanden, weisen auf den pünktlichen Beginn um 7 1/2 Uhr hin. Außer Solovorträgen bietet das Programm eine Reihe größerer Chöre.

Städtisches Kunstgewerbe-Museum. Am 10. Oktober ist im Textilsaale eine Wanderausstellung unter dem Titel: Kunst und Literatur in Elsaß-Lothringen eröffnet worden. Im Zusammenhang mit der Ausstellung finden zwei Lichtbilder-Vorträge statt. Dienstag, den 19. Oktober, spricht Professor Polacek über: Das Straßburger Münster als geschichtliches Denkmal; am 20. Oktober Professor Binder über: Matthias Grünewald, den Meister der Jesheimer Altars. Karten für die Vorträge sind im Kunstgewerbe-Museum zu haben, wochentäglich von 10 bis 2 und 5 bis 8 Uhr.

Eine charakteristische Debatte über die russischen Verhältnisse findet z. B. im — Leipziger Tageblatt statt. Hier werden die Dinge abwechselnd, unter dem Strich in ziemlich rohem, über dem Strich im schwärzesten Lichte gelehrt. Die Leute unter dem Strich stehen wenigstens mit ihrem Namen für das ein, was sie gesehen haben, und bemerksenswert ist, daß es sich hierbei um die Lage der Intelligenz, speziell der Wissenschaft handelt. Über die bei aller Würdigung der furchtbaren Schwierigkeiten viel imponierendes berichtet wird. Der anonyme Schwarzfischer dagegen ist eben Kaufmann, und daß dem in Russland verschiedene Helle weggewaschen sind, ist ebenso bezeichnend, wie es seinen Hells erklärt. Leider verbiethet der Raumangel, der wieder einmal katastrophal geworden ist, ein näheres Eingehen auf diese Debatte für und gegen Moskau.

Die Stadtverordneten-Sitzung am Mittwoch beginnt bereits um 3 Uhr nachmittags. Sie wird sich nur mit dem Ausstand der Arbeiter bei den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken beschäftigen. Die auf 6 Uhr anberaumte Sitzung fällt aus.

Beleuchtungsschluß 5 Uhr nachmittags für alle Klein- und Großhandelsgeschäfte, Betriebe und Werkstätten, Kontore und Geschäftsräume, Wirtschaften, Säle usw. Wie aus einer gleichzeitigen Bekanntmachung des Rates zu ersehen ist, hat während des Streiks der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerksarbeiter von 5 Uhr nachmittags an in den sämtlichen vorgenannten Betriebs- und Geschäftsräumen mit alleiniger Ausnahme der Apotheken, in allen Wirtschaften und Sälen die Entnahme von elektrischem Strom unbedingt zu unterbleiben.

Anfänglich der neuesten Beleuchtungseinschränkung sei hiermit darauf hingewiesen, daß Petroleum und Kerzen ohne Einschränkungen im freien Handel zu haben sind. Da sich das Ende des Streiks der städtischen Elektrizitätswerks- und Gaswerksarbeiter nicht voraussagen läßt, dürfte es sich vor allem für Metzger und Fleischer empfehlen, sich mit diesen Leuchtmitteln genügend zu versehen. Weiter wird darauf hingewiesen, daß Spiritus zu gewerblichen Zwecken in der Leipziger Spritfabrik in Leipzig-Eutritzsch, Rappachstraße 15, zu haben ist.

Zu der Mitteilung über Bezug von Spiritus durch die Leipziger Spritfabrik wird vom Gewerbeamt noch mitgeteilt, daß der Spiritus nur zu gewerblichen Zwecken, nicht aber zur Beleuchtung abgegeben wird. Gesuche um Abgabe von Spiritus zu Beleuchtungszwecken sind also völlig zwecklos. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß der Preis für Petroleum von der Centralstelle für Petroleumverteilung in Berlin im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium jetzt neu festgesetzt worden ist. Der Preis für 1 Liter Petroleum darf 6 Mk. ab Laden und 6.15 Mark frei Haus nicht überschreiten.

Wie uns die Große Leipziger Straßenbahn mitteilt, verkehren die Wagen der Linie Leipzig-Gundorf von heute an wieder, und zwar ab Fieberschlag.

Neuordnung des Buchhändler-Leuerungsauflages. Der durch die sog. Notstandsordnung des Börsenvereins eingeführte Buchhändler-Leuerungsauflage war beim Einzelverkauf der Bücher bisher ziemlich willkürlich gehandhabt worden. Es gab Bücher mit und ohne Leuerungsauflage und der Verkäufer wählte schieflüchlich nicht mehr, ob das Verlangen eines Zuschläges durch den Buchhändler überbaut ausreichend war. Dem wird nunmehr durch eine neue Bestimmung des Börsenvereins abgeholfen, die im Einvernehmen mit dem Deutschen Verlegerverein und dem Verband der Kreis- und Ortsvereine erfolgt. Danach beträgt der allgemeine Leuerungsauflage 10 Proz. Dieser Leuerungsauflage fällt jedoch fort bei Schulbüchern, bei Werken im Ladenpreise von 100 Mk. und mehr, bei Neuerscheinungen und Neuauflagen mit der Jahreszahl 1921 oder 11, sowie bei den bekannten Sammlungen: 1. Aus Natur und Weltkenntnis, 2. Bücher des Wissens, 3. Lehrmittel-Bücher, 4. Reclams Universal-Bibliothek, 5. Sammlung Göschen, 6. Wissenschaft und Bildung. Der Leuerungsauflage braucht in einigen besonders nachdrücklich gemachten Fällen, so beim Verkauf von Zeitschriften nicht erhoben zu werden. Besondere Bestimmungen bestehen auch noch bei Lieferung an Bibliotheken. Die neuen Bestimmungen gelten nicht für den Verkauf von Musikalien.

Freimarkeinführungen 8 Mark, das Reichstaxbuch 24 Mark. Neue Freimarkeinführungen zum Preise von 8 Mark gelangen demnach an die Postanstalten, werden aber an den Postkältern erst verkauft, wenn die Defiziten früherer Auflagen aufgebracht sind. Diese entsprechen aber den jetzigen Gebührenhöhen so schlecht, daß sie kaum zu verwenden sind. Die neuen Briefchen enthalten je 10 Freimarken zu 40, 30 und 10 Pfennig. Auch vom Reichstaxbuch wird eine neue Ausgabe angekündigt, die nicht weniger als 24 Mark kosten wird. Sie soll bereits Ende Oktober erscheinen. dürfte aber nach den bisherigen Erfahrungen wohl noch länger vorliegen, also erst geraume Zeit nach dem Inkrafttreten des neuen Fahrplans, während früher das unentbehrliche Buch schon einen oder zwei Tage vor der Geltung des neuen Fahrplans zu erscheinen pflegte. Dabei entfiel es das Vielfache der jetzigen Eisenbahnverbindungen, weit mehr Kreuzungen und ausgebehnte Gebiete des Verkehrs zu Wasser und zu Lande, die jetzt ganz fehlen.

Die Leipziger Kleinwohnungs-Baugesellschaft hatte Vertreter des Rates, der Stadtverordneten und der Presse für Montag zu einer Besichtigung ihrer an der Peilicke, Alster- und Trinitatisstraße zu L-Anger errichteten Wohnhäuser eingeladen. Der seit April d. J. begonnene Bau von 11 Häusern mit 88 Wohnungen beweist, daß man auch in der heutigen Zeit Wohnungen bauen kann. Wie die Häuser von außen einen freundlichen Eindruck machen, so anheimelnd sind auch die Wohnungen. Jede Wohnung, die kleinste wie größte, hat Bad, Innenklosett, sowie einen Balkon. Um einen besseren Schutz gegen Kälte zu haben, sind in den Wohnungen reichlich Radieröfen gesetzt und außerdem überall Doppelfenster angebracht. Der Preis der einzelnen Wohnungen beträgt 400 bis 600 Mk. Die Gesellschaft hat die Absicht, 37 solcher Grundstücke zu bauen. Da der Bau nur durch Gewährung städtischer und staatlicher Zuschüsse möglich war, so können wegen Mangel an öffentlichen Mitteln die übrigen 26 Häuser vorläufig nicht gebaut werden, obgleich Baumaterial für einige Häuser noch vorhanden ist.

Eternabend. Im Elternabend der 40. Volksschule sprach vor gefülltem Saale Oberlehrer Böhmig zur Religionsfrage. Nach langer Aussprache, an der sich auch die Vertreter der Konfessions-schule lebhaft beteiligten, fand mit starker Mehrheit folgende Entschliessung Annahme: Die Verklammerung steht in der weltlichen Schule die einzige Möglichkeit der Neutralität in religiösen Dingen, den einzigen Weg zur Einheit der deutschen Schule und den einzigen Ausweg aus dem durch § 146,2 verurteilten Wirrwarr auf dem Gebiete des Unterrichts. — Auf Anregung aus Elternkreisen steht die 50. Volksschule am 5. Oktober nochmals einen Elternabend ab für die Eltern, die vom Besuche des Elternabends

Herrn aufgezwungene Arbeit, und so lernten sie nichts als Vorwitz und Haß, und wie sie immer gescheiter wurden, so vermehrte sich ihr Haß, und umso schwerer fiel ihnen die Vorwitz.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Insekten Kindern in Leipzig-Güß ist der dritte Kinder-nachmittag am Mittwoch in der Goldenen Krone, L-Connewitz, gewidmet. Neben den kleinen Stücken alter Meister für Violine und Klavier werden Kinderlieder gesungen, dazu geben die christlichen Lieder der drei jugendlichen Schülerinnen von Frä. Schlesinger einen reizenden Anblick. Diese Darbietungen sind hauptsächlich für die reiferen Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren gedacht, da bei ihnen das Verständnis vorausgesetzt werden kann. Doch ist auch den Eltern ein Besuch anzuraten. Selbst sollen sie sich überzeugen, ob solche Kost ihren Kindern mündet. Zu wünschen ist, daß die Arbeiterkinder diesen Veranstaltungen mit mehr Aufmerksamkeit als bisher begegnet. A.-B.-Z. Leipzig.

Eine Enttäuschung mußten die Besucher des Altan-Theaters erleben, die sich auf die vom A.-B.-Z. angelegte Vorstellung von Lessings Minna von Barnhelm gefreut hatten. Einer der Hauptdarsteller war nicht erschienen und war auch trotz eifrigem Suchens nicht auffindbar. Wie wir hören, hatte er die Aufführung, da ursprünglich ein andres Stück angelegt war, buchstäblich vergessen. Es gibt aber doch eine Vorchrift für alle Mitarbeiter, sich einige Stunden vor Beginn jeder Vorstellung, auch wenn sie nicht mitwirken, erreichbar zu halten?

Städtische Theater. Nachdem Ewald Schindler wieder geneigt ist, werden die Aufführungen von Plzak fortgesetzt. Die nächsten Vorstellungen finden am Mittwoch (öffentliche Vorstellung, zugleich Schillerverein 1 c), Freitag (öffentliche Vorstellung, zugleich Schillerverein 1 c), Sonntag (öffentliche Vorstellung),

ratsverordnung über die Kartoffelverförgung vom 18. Juli 1918 zu einer Woche Gefängnis und 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Revision der Angeklagten machte aellend, daß die W. lediglich die Stellung einer Wand eingenommen habe. Bei den patriarchalischen Verhältnissen auf dem Lande hätten die Söhne und Töchter, auch wenn sie Miterben seien, nichts zu sagen, solange noch eins von den Eltern lebe. Das Rechtsmittel wurde indessen kostenpflichtig verworfen.

#### Die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs im Ausschuh beendet.

Der Verfassungsausschuh beendete die zweite Lesung und nahm den Verfassungsentwurf mit den beschlossenen Änderungen einstimmig an. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, in den Artikel 29, der vom Ministerpräsidenten und den Ministern handelt, eine Bestimmung aufzunehmen, daß Minister für ihre Resorte politische Beiräte ernennen dürfen, wurde abgelehnt, desgleichen ein Antrag der Deutschen Volkspartei, eine Bestimmung über einen zu schaffenden Landwirtschaftsrat analog Artikel 165 Absatz 1 der Reichsverfassung in die sächsische Verfassung aufzunehmen. Ebenso wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei abgelehnt, dem Finanzminister bei der Erhebung der Ausgaben und der Einnahmen neuer Ausgaben in den Haushaltsplan sowie bei Aufnahme kurzfristiger Darlehen, bei denen die Zustimmung des Landtages nicht rechtzeitig eingeholt werden kann, ein Vetorecht einzuräumen. Auch gegen die Schaffung eines Finanzrats, den das Gesamtministerium vor wichtigen finanziellen Entscheidungen hören soll, sprach sich der Ausschuh aus. Nur Haushaltsberichtigungen und außerplanmäßige Ausgaben sollen der vorherigen Zustimmung des Finanzministers bedürfen. Bezüglich der Frage des Landwirtschaftsrats behielt sich der Ministerpräsident die Entschliessung des Inhalts vor, die Regierung zu ermächtigen, zur Beantwortung über wirtschaftliche Fragen durch Verordnung oder Gesetz einen Landwirtschaftsbeirat einzusetzen, der nach denselben Grundlinien wie der Reichslandwirtschaftsrat zusammengeleitet sein soll und dessen Befugnisse, wenn nach Artikel 165 der Reichsverfassung für Sachen ein Landwirtschaftsrat eingesetzt wird, diesem übertragen werden sollen. Im ganzen hat die Verfassung 22 Sitzungen im Ausschuh beantragt.

#### Das Defizit der sächsischen Staatstheater

beträgt bekanntlich rund 4 Millionen Mark, für die allein nur sächsische Staat aufzukommen hat. Es ist daher schon wiederholt verlangt worden, daß auch die Stadt Dresden einen Anteil daran übernimmt. Dresden hat sich auch grundsätzlich nicht abgeneigt gezeigt, da ihm ja doch in erster Linie die Vorteile zugute kommen. Die Stadtwirtschaft macht jedoch die endgültige Entscheidung abhängig von der Eingemeindung der wohlhabenden Vororte Pölschitz, Blasewitz und Weißer Hirsch, die ebenfalls die Vorteile des Theaterbesuchs mitbringen und auch zu den Lasten beitragen sollen. Wie unser Dresdner Mitarbeiter erzählt, fand in dieser Angelegenheit vor kurzem eine Beratung zwischen den in Frage kommenden Instanzen statt. Doch ist eine Entscheidung noch nicht getroffen worden, weil sich die Vororte noch immer gegen die Eingemeindung sträuben. Die sächsische Regierung hat jedoch bereits zu erkennen gegeben, daß sie die Eingemeindung zwangsweise verfügen würde, wenn keine gütliche Einigung erfolgt. Den Gemeinden wird daher nichts anderes übrig bleiben, als nachzugehen. Damit dürfte dann auch die Theaterunterstützung gemäß den Wünschen des ganzen Landes geregelt werden können. Letztens hat der Stadtrat von Zwickau vor kurzem ein Gesuch um Verteilung des Zuschusses für die Dresdner Staatstheater auf sämtliche Theater der sächsischen Großstädte an die sächsische Volkskammer gerichtet. Es ist zur Weiterberatung an den Haushaltsausschuh A verwiesen worden. Ein ähnliches Gesuch ist schon früher von der Stadt Leipzig eingereicht worden.

#### Keine Einschränkung des Winderfahrplans in Sachsen.

Wie aus Dresden mitgeteilt wird, kommt eine Einschränkung für Sachsen nicht in Frage. Bismehr wird der genehmigte Winderfahrplan, der am 24. Oktober in Kraft tritt, voll durchgeföhrt werden. Er weist sogar an einzelnen Stellen mehr Älge auf als der Sommerfahrplan. So auf der Strecke Dresden-Leipzig und Dresden-Breslau. Natürlich fallen die Älge fort, die nur dem Sommerverkehr dienen.

#### Getreidereisern für Sachsen.

Die Reichspetroleumstelle hat sich zur Anlegung einer eisernen Getreidereiserne in Höhe eines Monatsbedarfs des Freistaates Sachsen innerhalb Sachsens bereit erklärt, um einen Ausgleich nach Getreideart und -menge innerhalb der einzelnen sächsischen Kommunalverbände im Rahmen ihres Bedarfsanteils zu ermöglichen. Sie wird bei vorübergehenden Engpässen in diesen Reisernebestand für dessen umgehende Wiederauffüllung besorgt sein, hat sich aber anderseits die volle Verfügbarkeitsfreiheit über diese Reiserne vorbehalten, und zwar, falls der Eingriff zugunsten anderer Länder geschieht, unter Verständigung mit der sächsischen Landesgetreidestelle.

Dresden. Sonntag vormittag wurde im Zichoner Grunde auf dem von der Talstraße nach Merzig führenden Fußwege ein Mann tot aufgefunden. Die Leiche wies an Brust und Hals drei schwere Wunden auf. Allem Anschein nach liegt Kaufmord vor. Der Tote ist etwa 50 Jahre alt.

Wilsdorf bei Dresden. Wegen eines schweren Raubüberfalls, den er am 4. September auf einer nach Königsbrück führenden Landstraße verübte, ist der hier wohnende Friedrich Hejzelle in Haft verhaftet worden. Gleichzeitig wurde ein Fabrikarbeiter, der der Beihilfe verdächtig ist, festgenommen.

Zwickau. Die hiesigen Lichtspielhäuser haben zum Protest gegen die städtische Kinosteuer den Betrieb eingestellt. Grimmitzschau-Werbau. Der sächsische Finanzminister und der Minister des Innern haben entschieden, daß die Weiterverfolgung des Baues einer elektrischen Straßenbahn, die Grimmitzschau mit Werbau verbindet und allgemein als ein dringendes Bedürfnis anerkannt wird, bis zum Eintritt besserer allgemeiner Verhältnisse auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet auszusetzen ist.

Mauen i. B. In jüngster Zeit hat das Auftauchen von falschen grünen 50-Mark-Scheinen in Mauen in erschreckendem Maße überhand genommen. Es ist jetzt gelungen, einen Fälschmeister namens Paul Wohrab festzunehmen, der eine große Anzahl von solchen Scheinen in Umlauf gesetzt hat. In seiner Wohnung wurden noch für 12.250 M. Scheine vorgefunden und beschlagnahmt. Die von hier aus angefertigten Fälschungen führten auch in anderen Städten zur Festnahme von gewerbetätigen Verbreitern solcher falschen Scheine. Weitere Untersuchungen sind im Gange. Die Fälschmüllwerkstätte ist auswärts zu suchen. In welchem Umfange solche Scheine in Umlauf gesetzt worden sind, läßt sich bisher noch nicht feststellen. Die Scheine sind den echten äulßend ähnlich, doch fallen sie auf durch eine unsaubere Ausarbeitung des Frauengesichts. Sie sind mit dem Ausdruck Reihe 2 versehen. — Die Herausgabe falscher Banknoten wurde auch in Chemnitz und Eger beobachtet; in Chemnitz sind zwei und in Eger ein Verbreiter der falschen Scheine festgenommen worden.

## Aus der Umgebung Leipzigs.

### Zur Kartoffelverförgung im Bezirk Grimma.

Als Ergebnis lebhafter Unterhandlungen einer außerordentlichen Bezirksversammlung und des Preisprüfungsausschusses mit den Landwirten erläßt die Amtshauptmannschaft eine Bekanntmachung, der wir folgendes entnehmen: Verbraucher, die nicht Selbstzeuger sind und die sich nicht anderweit mit Kartoffeln eingedeckt haben, können durch die Gemeinden für die Person vier Zentner (für Kinder unter 4 Jahren 2 Zentner) Kartoffeln beziehen. Soweit es noch nicht gesehen ist, der Bedarf bis spätestens 15. Oktober bei der Wohnortsgemeinde anzumelden.

Der Preis beträgt für einen Zentner vorselebierte Spelfkartoffeln 20 Mark, für Minderbemittelte 15 Mark.

Als Minderbemittelte gelten die Angehörigen solcher Haushaltungen, deren Mitglieder zusammen nicht mehr als 15 000 M. Jahres Einkommen haben, sofern auf den Kopf der Haushaltung nicht mehr als 3000 M. Einkommen entfallen.

Die Anerkennung als Minderbemittelte erfolgt auf Antrag. Der Antrag ist mittels vorgeschriebenen Bordschreids bei der Gemeindebehörde des Wohnortes bis spätestens 15. Oktober 1920 zu stellen. Die Gemeindebehörden sind angewiesen, den Antragstellern die Ausfüllung des Antrages möglichst zu erleichtern. Bei der Stellung des Antrages sind die Anmerkungen zu seiner Ausfüllung genau zu beachten. Die Angaben sind vom Haushaltsvorstand zu unterschreiben; dabei ist von ihm ein Eidestatt zu versichern, daß die Angaben im Antrag nach bestem Wissen und Gewissen vollständig und genau gemacht worden sind. Wahheitswichtige Angaben werden unnachlässiglich strafrechtliche Verfolgung wegen Betrugs nach sich ziehen müssen.

Ueber die Anerkennung als Minderbemittelte entscheiden, vorbehaltlich der Nachprüfung durch den Bezirksverband, der bei jeder Gemeinde zu bildende Ausschuh für die Kartoffelverförgung. Auch solche Minderbemittelte, die jetzt nicht in der Lage sind, die Kartoffeln zu bezahlen, tun gut, ihren Bedarf bei der Gemeinde anzumelden.

Die Kosten der Verbilligung trägt zu vier Fünfteln der Bezirksverband, zu einem Fünftel die Gemeinde.

### Bezirksverband Grimma.

Auf die Warenbezugskarten werden vom 14.—18. Oktober vorausgabt; auf die gelbe und weiße Kinderkarte, Sonderkarte R 3, 250 Gramm Getreid für 100 Wa., Narmelade und Zuckerröhre gelangen zum freien Verkauf. Kerzen können in größeren Posten abgegeben werden. Die roten Warenbezugskarten R werden demnächst nur noch beliefert, sobald eine Zuweisung von Lebensmitteln erfolgt.

### Gaulsch. Zu dem letzten Gemeinderatsbericht geht uns von der Fraktion der U. S. V. des Gaulscher Gemeinderats folgende Erklärung zu:

In der Sonntagsnummer bringt die Leipziger Volkszeitung den Bericht über die letzte Gemeinderatsitzung, der in dieser Form der Redaktion nicht zugegangen ist. Durch die Einschaltung eines tendenziösen Artikels der Freien Presse über die Zustände in der Lebensmittelverteilung unserer Gemeinde wird unwillkürlich der Eindruck erweckt, als ob hier eine wilde Wirtschaft geberdelt habe. Es trifft nicht zu, daß ein Manko von 652 Pfund Zucker zu verzeichnen ist, sondern es fehlen dieselbe Anzahl Paketechen „Vanillesaunder“. Weiter sind als Beklimungen festgelegt worden: 750 Paketechen Kakapulver, 81 Büchlein Gewürzkonferven (nicht aber Pfefferkonferven), 942 Pfund Kubele. Das Gewicht der letzteren verringert sich noch wesentlich dadurch, daß solche an Urlaubern ausgegeben worden sind, wo für der entsprechenden Betrag an die Gemeindefasse abgeführt worden ist; dies ist noch nachträglich festzustellen worden, da die Ermittlungen über den Verbleib der Beklimungen seitens des Ernährungs-Ausschusses fortgesetzt werden.

Damit ist aber auch die Schlussfolgerung hinfällig, daß die Gemeinde „um Laufende geschädigt“ ist, denn der gesamte Beklimbetrag beläuft sich nach den einwandfreien Feststellungen auf insgesamt 688,40 M. Die angeführten Beklimungen verteilen sich auf die Zeit von 1/2 Jahren; sie sind erklärlich dadurch, daß dem Lebensmittelvertreter Ermassungsbefugnisse abhandeln gekommen sein mögen, wodurch die Weiterverkäufer nicht mit dem entsprechenden Betrag beliefert werden konnten. Damit soll aber keineswegs die mangelhafte Beklimungsföhrtung des Lebensmittelvertreilers entschuldigt sein, die auch wir stark verurteilen. — Der Ernährungs-Ausschuh der Gemeinde besteht aus 7 Personen, von denen 3 den bürgerlichen Gruppen angehören. Unsere Fraktion hat stets darauf gedrungen, daß die Lebensmittelverteilung eingehend geprüft werden solle und wir haben nichts unternommen, um irgendwelche Vertuschungsversuche vorzunehmen. Auch sind alle Angelegenheiten in öffentlicher Sitzung verhandelt worden. Die bürgerliche Presse, allen voran die Leipziger Neuesten Nachrichten, benutzte die Gelegenheit, um über eine „sozialistisch-kommunistische Gewaltherrschaft“ usw. zu jammern. Wir stellen fest, daß, so lange wir die Mehrheit innerhalb des Gemeinderates haben, die Gemeindegeldsäkte in einwandfreier Weise geföhrt werden.

Die ganze Aufbaubau der Angelegenheit durch den Berichtserstatter der „Freien Presse“ sei nach dem Zweck, unsere Fraktion in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Er hat dadurch der Gemeinde den schärfsten Dienst erwiesen! — Das bürgerliche Prektgebelei sei aber an das Verhalten einiger ihr nahestehender Leipziger Stadträte usw. erinnert, die während des Krieges nachgewiesenermaßen die städtischen Volksküchen und damit die notleidendsten Volksmassen systematisch um Lebensmittel betrogen haben.

Nach dieser Erklärung ist zu berichtigen, daß es sich bei den fehlenden Zuckermengen nicht um 652 Pfund, sondern um 652 Paketechen Vanillesaunder handelt. Im übrigen werden die Angaben unseres Berichtes nicht bestritten. Die Einnahmen gaben hervorzuheben zu müssen, der Bericht sei in dieser Form der Redaktion nicht zugegangen. Demgegenüber stellen wir fest, daß der uns eingeschaltete Bericht vollständig abgedruckt worden ist. Wir haben nur aus der Presse einige Einzelheiten übernehmen müssen, die in dem Bericht nicht enthalten, aber so wesentlich waren, daß wir sie nicht ignorieren durften. Hätte der Berichtserstatter uns Näheres mitgeteilt, was eigentlich nach dem hiesigen Urteil über die Beklimung und Beklimungsföhrtung des Lebensmittelvertreilers notwendig gewesen wäre, so hätten wir nicht andere Berichte zu Hilfe nehmen brauchen.

v. Wiederisch. Aus dem Gemeinderat. Man nimmt Kenntnis von dem Antritt der Gemeinde-Krankenschwester. Einem dringenden Bedürfnis ist nunmehr Rechnung getragen. Der Einwohnervorteil soll die Schwelger in allen Fällen unentgeltlich Krankenpflege erweisen, näheres darüber wird durch Anschlag bekanntgegeben. Der Gemeinderat würdigt die bisherige begläuliche Tätigkeit des Frauenvereins und albt der Erwartung Ausdruck, daß derselbe trotzdem in Zukunft Menschen- und Nächstenliebe pflegen wird. — Einem Antrag zur Ortsbau-Ordnung kann man noch nicht zustimmen, dem Bauausschuh wird die Angelegenheit zur Prüfung der in Frage kommenden Bestimmungen überwiesen. — Dem Grunderwerbsteuerzuschlag in Höhe von 2 Prozent wird in zweiter Lesung zugestimmt. — Die Brunnenherstellungsarbeiten für den Wohnneubau in der Albert-Dortel-Strasse werden der Firma Woldemar Uhlig-Entrich übertragen; Herr Brunnenbauer Edel soll aber erst noch einmal gehört werden. — Die Gebühren für die Anschlagtafeln werden auf Vorschlag des Finanz-Ausschusses für nach Größe aus 5.00, 7.50, 10.00 und 12.00 M. für hiesige Einwohner erhöht, für auswärtige der doppelte Satz. Für bringende Anschläge werden 50 Prozent Aufschlag erhoben. Sammelanträge erfolgen Dienstags und Freitags, die Zeile kostet hier 1.00 M. Versammlungs- und Wahlanzeigen für politische Parteien sind gebührenfrei, sind aber auf dem Gemeindegeld abzugeben. Andere hiesige Vereine sollen für Versammlungen und Vereinsangelegen halbes Gebühre bezahlen. — Zur bevorstehenden Landtagswahl wird die Einteilung von 10, wie bei der Reichstagswahl vorgenommen werden. — Dem Kassenantrag des Brunnenbauers Edel-Wiederisch zur Herstellung eines Schachtbrunnens in der Nähe der Rietzdorfer (Wahnhoffstraße) wird zugestimmt, der Bauausschuh wird aber vorerst den event. Standort befestigen. — Der Sonntagsgewerbesteuere der Volkstechnischen Gesellschaft werden 20. — M. Beitrag bewilligt. — Dem Verträge der Gemeinde mit Herrn Maurermeister Farab-W. bezügl. des Neubaus in der Albert-Dortel-Strasse wird einstimmig zugestimmt. Einen Beschluh über den eventuellen Ausbau der Dachwohnungen in dem Neubau wird der Gemeinderat erst nach Einsicht der geltenden Bestimmungen fassen können. — Der Aufstellung von Obstäuben an den Kommunikationswegen wird zugestimmt. — Der Gemeindevorstand bringt dann noch zur Kenntnis, daß das Resultat der Untersuchungen bezügl. der Verhaftung desselben und einer Anzahl unserer Einwohner und Genossen gelegentlich des Kampftages nunmehr vorliegt, dasselbe aber in seiner Weise ihn und die übrigen Betroffenen rehabilitieren könne. Die angeante Schmach sei damit nicht aus der Welt geschaffen. Auf Antrag unserer Genossen soll das Resultat an den Anschlagtafeln bekanntgegeben werden, damit die Einwohnererschaft erfährt, welche schmutzigen Elemente unter ihr im Orte wohnen. Gegen die Betreffenden soll ferner Klage vorzugehen werden. — Der Gemeinderat beschließt zum Schluh noch einen Protest an die Amtshauptmannschaft bezügl. an die Regierung wegen der hohen Kartoffelpreise. Am Orte sollen in den nächsten Tagen Verhandlungen wegen eines niedrigeren Preises mit den hiesigen Landwirten angebahnt werden. Die Reichs-

kartoffelstelle hat den Zentner auf 31.75 M. festgelegt, während die Preisbehörde den Zentner selbst 20 M. als gut bezahlt betrachtet. — Bierlauf nichtöffentliche Sitzung.

a. Brandis. Öffentliche Stadigemeinderatsitzung. Es wird beschloffen, die Überwachung der Kartoffelverförgung dem Wirtschaftsausschuh unter Hinzuziehung der Herren Franz, Ullrich, Rinne, Keuter und Wienau zu übertragen. Dem Beschluh des Wirtschaftsausschusses über Verkauf von Kohlen als Notstandsmittel für den Winter wird Zustimmung erteilt. Weiter wird beschloffen, die Bodensteuern ab dem 1. April 1920 zu erhöhen. Die Gebühren für die Mitglieder des Marktausschusses werden auf 2 M. pro Stunde festgelegt. Ferner kommen Wasserwerksarbeiten zur Sprache. Unter anderem wird mitgeteilt, daß eine hiesige Firma mehrere Jahre hindurch Wasser aus der Leitung entnommen hat, ohne daß es durch den Wassermeister gemeldet worden ist; diese Tatsache ist dem Wasserwerksmeister bekannt gewesen. Ein Beschluh wird ausgeleitet und soll dieser Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommen. Dann kommt ein Gesuch um Genehmigung des Zuzuges nach hier zur Vorlage. Es wird beschloffen, nach schriftliche Abmachungen mit dem Geschäftsföhrt zu treffen, und außerdem soll Bestrafung beantragt werden, da die Anzagsleiterin bereits ohne Genehmigung zugezogen ist. Ein Gesuch von R. um Zurückzahlung seiner gestellten Kaution für den Bau der Gartengasse in Höhe von 650 M. wird einstimmig genehmigt. Das Gesuch der Brandiser Tomwerte um Verlegung des Schachtgrabens soll genehmigt werden, desgleichen soll die Veränderung des Feldbahngleises genehmigt werden.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Der Ausstand der Gemeindearbeiter.

Vom Rat der Stadt Leipzig ging uns gestern zu dem Streik der Gemeindearbeiter nachstehendes Schreiben zu:

Heute früh sind die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke in den Streik getreten. Aber die Vorgeschichte ist kurz folgendes zu berichten:

Bei den unter Leitung des Arbeitsministeriums am 5. Oktober 1920 in Dresden zwischen dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter stattfindenden Einigungsverhandlungen hatte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes trotz schwerwiegendster finanzieller Bedenken folgenden Vorschlag gemacht:

1. Die den Gemeindearbeitern jetzt in Höhe von 80 M. monatlich gewährten Kinderzulagen werden auf 40 bzw. 50 M. monatlich erhöht.
  2. Die Stundenlöhne der männlich verheirateten Arbeiter werden in der Ortsklasse A für gelernte Handwerker von 4.80 M. auf 5 M., für angeleitete Arbeiter von 4.62 M. auf 4.83 M., für ungeleitete Arbeiter von 4.41 M. auf 4.60 M. erhöht.
- Nachdem dieser Vorschlag von den Vertretern der Arbeitnehmer abgelehnt worden war, hat das Arbeitsministerium den gesetzlichen Schlichtungsausschuh in Dresden mit der Entscheidung der Streitigkeit betraut. Dieser Schlichtungsausschuh hat am 7. Oktober unter einem unparteiischen Vorsitzenden getagt und folgenden Spruch gefälkt:

„Der Anspruch auf Erhöhung der Lohnhöhe wird abgelehnt, hingegen werden die Kinderbeihilfen von bisher monatlich 30 M. für jedes Kind in allen Ortsklassen auf monatlich 40 bzw. 50 M. erhöht.“

Zu diesem Spruch haben die Leipziger Arbeiter in einer am 8. Oktober im Ratskeller abgehaltenen Versammlung Stellung genommen und beschloffen: „auf den Beschloffen vom Sonntag stehen zu bleiben, die die Gaulteilungen ermächtigen, den Tag des Kampfbegins zu bestimmen.“

Der heute früh ausgebrochene Streik erstreckt sich nur auf die Gas- und Elektrizitätswerke. In den übrigen städtischen Abteilungen wird gearbeitet. Es ist das Gerücht verbreitet, daß die übrigen städtischen Arbeiter weiter arbeiten sollen, um den Streikenden von ihrem Lohn abgeben zu können. Weitere Maßnahmen sollen zur Zeit noch nicht getroffen werden, da die Möglichkeit besteht, daß in Dresden noch heute zwischen der Zentralstreikleitung und dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden Verhandlungen stattfinden.

Das Schreiben des Rats enthält nichts, was nicht schon bekannt und von uns mitgeteilt wäre.

Die für heute angelesenen Versammlungen und Vorträge werden zum größten Teil ausfallen müssen, weil die meisten Lokale keine eigenen Lichtquellen haben. So auch das Volkshaus, in dem heute keine Versammlungen stattfinden können.

Leipzig, 12. Oktober. (T.) Die Lage im sächsischen Gemeindearbeiterstreik ist am heutigen Morgen noch ungeklärt. Ueber die Verhandlungen in Dresden verfaulet, daß bis gestern Abend noch keine Einigung zustande gekommen ist. Der Streik macht sich besonders in den Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz unangenehm bemerkbar. Die genannten Städte, sagen gestern Abend völlig im Dunkeln. Der Streik dürfte sich heute auch noch auf andere Orte ausdehnen. Der Rat der Stadt Leipzig hat angeordnet, daß während des Streiks von 5 Uhr nachmittags an in sämtlichen Klein- und Großhandelsgeschäften, Kontoren, und sonstigen Betriebsräumen mit Ausnahme der Apotheken die Entnahme von elektrischem Strom unbedingt zu untersuchen hat. Man hofft dadurch zu ermöglichen, daß wenigstens die Krankenhäuser in der Beleuchtung keine Unterbrechung erleiden. In Chemnitz ist auch der Telefonbetrieb in Mitleidenschaft gezogen. Auch können nur die Zeitungen erscheinen, die eigene Kraftanlagen besitzen.

Chemnitz, 12. Oktober. (T.) Infolge des Streiks der städtischen Arbeiter beim Gas- und Elektrizitätswerk stocht der Straßenbahnbetrieb vollständig. Die höher gelegenen Stadtteile sind auch ohne Wasser, da dieses nach dort mit elektrischen Pumpen getrieben wird. Die Ärzte erlassen eine Kundgebung, worin es heißt: „Sollten bis Montagmittag 12 Uhr die lebenswichtigen Betriebe die Tätigkeit nicht wieder aufgenommen haben, sehen wir uns unferseits zur Einstellung der gesamten städtischen Tätigkeit gezwungen. Wir werden jeden Fall von Gesundheitsgefährdung, der durch den Streik verursacht wird, zur Anzeige bringen und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen.“

Chemnitz, 12. Oktober. (W.T.B.) Der Ausstand der städtischen Arbeiter ist noch nicht beigelegt. Infolge Mangels an künstlicher Beleuchtung stellt die Post ihre Tätigkeit mit Eintritt der Dunkelheit ein. Die Einigungsverhandlungen werden fortgesetzt.

Dresden, 11. Oktober. (T.) Die Dresdner Gemeindearbeiter sind heute vormittag ebenfalls in den Streik eingetreten, der elektrische Strom blieb sofort aus, wodurch auch der Telefonverkehr in Mitleidenschaft gezogen wurde, so daß es schwierig ist, sich ein klares Bild über den Stand der Verhandlungen zu beschaffen.

Mauen, 12. Oktober. (W.T.B.) Die Arbeiter der städtischen Gaswerke und des städtischen Elektrizitätswerks sind heute früh auf Anweisung ihrer Verbandsleitung in den Ausstand getreten.

Wie uns vom Vorstand der Gemeindearbeiter mitgeteilt wird, ist der Zentralstreikleitung in Dresden von Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der sächsischen Gemeinden noch nichts bekannt.

Zum Streik im Berliner Zeitungsgewerbe. Berlin, 12. Oktober. T. U. In einer stark besuchten Versammlung sämtlicher Funktionäre des Buchdruckerverbandes

